

**Deutscher  
Reporterpreis  
2013**

**Die 9 nominierten Texte in  
der Kategorie  
„Bester Essay“**

	Seite
1) Chafik, Timour, Kein schöner Land (0773)	03
2) Diez, Georg, Wowis Legoland (0407)	10
3) Gernert, Johannes, Edward Snowden und ich (0088)	17
4) Grossarth, Jan, Ein Hoch auf das Huhn (0554)	28
5) Hardinghaus, Barbara; Kuntz, Katrin und Neufeld, Dialika, Mutter Staat (0759)	33
6) Meckel, Miriam, Links. Rechts. Halt. Zurück. (0409)	48
7) Raether, Elisabeth, Miss Verstanden (0847)	53
8) Uchatius, Wolfgang, Jan Müller hat genug (0019)	62
9) Welding, Malte, Der Mann stillt keine Kinder (0668)	71

## Kein schöner Land

*Die Finanzindustrie hat Boden längst als lukratives Investment entdeckt. In Afrika, Lateinamerika, Südostasien und auch in Ostdeutschland – überall greifen ähnliche Mechanismen, sobald das Geld den Acker bestellt.*

Von Timour Chafik, enorm – Wirtschaft für den Menschen, 22.08.2013

Am Anfang war das Land und wenn man ihm eine Zahl geben möchte, wäre es vielleicht die 18258. Das ist die Postleitzahl des Dorfes Rukieten, südlich von Rostock, rund 300 Einwohner. Weite Flächen, leicht gewellte Hügellandschaft. Tiefstes Mecklenburg-Vorpommern. Möglicherweise ist das der Ort, an dem alles zusammenkommt: Die Lust auf Boden, das Hecheln nach Erträgen. Die großen Investments, die hohen Renditen. Der Mensch, der Staat und die entfesselte globale Wirtschaft. Ein kleiner Ausschnitt aus einem großen, nicht immer fairen Spiel um die Krume, in dem längst der smarte Investor im Nadelstreifenanzug die Regeln bestimmt. Der Bauer ist eben nur noch Bauer. Wie beim Schach. Leicht zu opfern.

Der Weg zu den Bauern, die eigentlich gar keine Bauern mehr sind, zieht sich durch ehemaliges Junkerland. Die Jungen sind heute längst weg aus Schwaan, aus Bützow, aus Güstrow. Wer hier noch wohnt, der macht meist irgendwas mit Landwirtschaft, weil in den versprochenen blühenden Landschaften jobmäßig sonst nicht viel blüht.

Es gibt viel freie Ladenfläche und wenig Mensch hier. Und auf den Äckern, die mal als Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) funktionierten, drehen sich heute die Windräder. Hier ist Mecklenburg-Vorpommern arm und irgendwie reich, weil der Grund gut ist und der Wind weht. Weil Subventionen fließen und andere Länder ihren Ausgleich leisten. Es gibt viel Boden hier mit ordentlichen Ackerzahlen und darum könnte auch die Zukunft rosig sein, glaubt mancher: „Die ökonomischen Rahmenbedingungen sprechen insgesamt dafür, dass die Wertschätzung der Märkte für Rohstoff- und Biomasseproduktion vom Ackerland eher zu- als abnimmt“, heißt es in einem Papier des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung zur Ertragsfähigkeit ostdeutscher

Ackerflächen. Darüber hinaus würden die steigende globale Nachfrage nach Rohstoffen bei einem knappen Angebot an Flächen den Marktpreis „positiv beeinflussen“. Das ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht anders als im Rest der Welt: Boden ist kostbar, es gibt ihn schließlich nur einmal.

Die Studie, 2008 beauftragt und unterstützt von der BVVG, der Berliner Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH – Hauptaufgabe: Ost-Ländereien aus Staatsbesitz nach der Wende zu verpachten und verkaufen – schließt daraus: „Ansteigende Rohstoffpreise werden in deutlich stärkerem Umfang als in der Vergangenheit an die nächsten Glieder der Verwertungskette landwirtschaftlicher Produkte weitergereicht werden können“. Das klingt kompliziert, ist aber recht einfach: Wer Flächen hat, verdient gleich doppelt. Am Land und an der Ernte. Das weckt Begehrlichkeiten, immer mehr bei denen, die mit Landwirtschaft bisher nicht viel am Hut hatten.

Und es weckt Wut: „Was hier stattfindet ist der Verkauf oder die Besitznahme von Land durch ortsfremde Personen, die nicht selber wirtschaften“, sagt Jörg Gerke, 54, hoch gewachsen, Doktor der Agrarwissenschaften und Landwirt in Rukieten. „Hier findet Land Grabbing statt, und zwar in einem wachsenden Umfang“, sagt er. Entvölkerung, Vertreibung, Weizen, der containerschiffweise nach China verschifft wird. Das passt hier nicht hin. Oder vielleicht doch.

Gerke hat wenig Gnade mit den „neuen Agrarkadern“. Ihnen hat er gleich ein ganzes Buch gewidmet, Titel: „Nehmt und euch wird gegeben“. Darin seziert er bis ins kleinste Detail, wie seine Definition des Land Grabblings im Osten funktioniert: Enteignungen, die nach der Wende nicht rückgängig gemacht wurden; Kleinbauern, die über Bieterverfahren nicht informiert wurden; Ausschreibungen zu Preisen weit unter Marktwert; Netzwerke aus alten LPG-Fürsten, DDR-Funktionären, Linientreuen, die sich nach der Wende ihre Pfründe gesichert haben: „Bauern, die sich hier wieder selbstständig machen wollten, wiedergegründete Betriebe aber auch Zugezogene sind da weitgehend außen vor gelassen worden“, sagt Gerke.

Was hier passiert, sagt er, sei ein von oben organisierter Ausverkauf: „Schon heute bewirtschaften Betriebe über 500 Hektar mehr als 70 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Ostdeutschland – klar, dass diese Großbetriebe potenzielle Objekte für

zahlkräftige Investoren sind“. Die paar Bauern, die dann hier noch leben, werden relativ isoliert sein, glaubt er.

Ist das schon Land Grabbing? Müssen Investoren erst ganze Regionen in Afrika, Asien, Südamerika aufkaufen? Braucht es die Entvölkerung ganzer Landstriche, im Extremfall gewaltsam, damit der Vorwurf „Landraub“ trägt? Oder reicht ein, so Gerke, „politisch motivierter Ausverkauf“, der in einem ohnehin radikalen Strukturwandel der Landwirtschaft die Großen zu Siegern erklärt – und die Kleinen erst gar nicht mitspielen lässt? „Der Staat ist ein schlechter Landwirt“, sagt er, „so wie hier die Flächen zugunsten einer kleinen Minderheit verschleudert wurden – das ist staatlich organisiertes Land Grabbing“. Die Realität sieht nicht ganz so schwarz-weiß aus.

Also Schnitt. Schwenk dahin, wo das Abstrakte regiert. Hin zu Olivier de Schutter, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung. Vor dem UN-Menschenrechtsrat sagt er Sätze wie: „Investitionen in Landflächen können allen daran beteiligten Parteien dienen – vorausgesetzt, die entsprechenden institutionellen Rahmenbedingungen wurden im Vorfeld geschaffen“.

Diplomaten-Dialektik, überholt von der Wirklichkeit: je nachdem, welcher Organisation man Glauben schenkt, rangiert die Größe der „gegrabten“ Fläche, Stand 2010/2011, zwischen 47 Millionen (Weltbank) und 80 Millionen Hektar (The Land Deal Politics Initiative). Oxfam geht gleich mit 227 Millionen Hektar ins Rennen. Flächenmäßig also irgendwo zwischen Turkmenistan, der Türkei und dem Sudan. Die Wahrheit ist: es gibt sie nicht, die eine Zahl. Weil kein Zentralregister großer Landkäufe existiert; weil die großen Deals hinter verschlossenen Türen verhandelt werden und selbst die eifrigste NGO vor den Verflechtungen und stillen Teilhaberschaften kapitulieren muss. Weil schlichtweg die institutionellen Rahmenbedingungen fehlen. „Ich habe versucht, die Wahrheit über ein paar Einzelprojekte zu recherchieren – ich bin gescheitert“, räumt Fred Pearce, Autor des Buches „The Landgrabbers“, ein.

Vielleicht braucht es auch gar nicht die eine, absolute Zahl. Vielleicht ist es eher die Entwicklung, der de Schutter einen Rahmen geben will: „Die zunehmende Volatilität der Preise für Agrarerzeugnisse auf den Finanzmärkten, die immer enger verflochtenen Energie- und Rohstoffmärkte – das hat das Interesse an Kauf oder Pacht von Flächen vor allem in

Entwicklungsländern geweckt", sagt er. Heraus kommt das, was er als Land Grabbing definiert: häufig nur ein Handschlag zwischen Regierungsbeamten eines Entwicklungslandes und ausländischem Privatinvestor.

Der Diplomat fordert Transparenz, Teilhabe und Mitsprache für die, denen das Land gehört. Oder gehören könnte, denn so klar sind die Besitzverhältnisse im zentraläthiopischen Hochland oder am Rande des brasilianischen Regenwalds nicht immer. Er stellt das Recht auf Nahrung über das Recht auf Rendite. Er führt die internationale Gerichtsbarkeit ins Feld, die ganz großen Geschütze, appelliert an das Verantwortungsbewusstsein der Staaten, die ihre Flächen im großen Stil verkaufen. Aus Gier, Opportunismus oder in dem Glauben, eine hochindustrialisierte Landwirtschaft könne wichtige Impulse auch außerhalb des Agrarsektors setzen.

Wer den Geschäftsbericht der KTG Agrar aus dem Jahr 2011 auf Seite 8 aufschlägt, blickt in die gütigen Augen von Ganesh. Der indische Bauer heißt es da, „muss sich ganz schön ins Zeug legen, um seinen Nachwuchs zu ernähren“. Seit der Geburt seines ältesten Sohnes sei die Bevölkerung Indiens auf 1,24 Milliarden Menschen angewachsen. Die Schlussfolgerung: „Während der Bedarf nach Nahrung und Energie stetig wächst, sinkt gleichzeitig seit Jahren die verfügbare landwirtschaftliche Fläche“.

Da war die KTG Agrar schneller: 2011 hat die Hamburger Aktiengesellschaft ihre Agrarflächen um 2.500 Hektar auf insgesamt 35.000 Hektar aufgestockt, ein Fünftel davon im Eigenbesitz, der Rest gepachtet. Nicht in Indien, sondern vor allem in Ostdeutschland. BVVG-Flächen, seit 1994 geleast oder gekauft. Heute seien die Flächen eine der „wertstabilsten Sachanlagen der Welt“, wirbt die KTG, „gemäß dem Statistischen Bundesamt ist der Preis je Hektar in Ostdeutschland im Jahr 2010 um mehr als 20 Prozent gestiegen“. 2011 sei die Entwicklung noch dynamischer gewesen und stehe für einen weltweiten Trend.

„Wir sind Landwirte, sonst nichts“, sagt Vorstandsmitglied Thomas Berger, ein Jurist, der auch schon als Investmentbanker gearbeitet hat. Der KTG-Firmensitz ist nur einen Steinwurf von der Binnenalster entfernt, unscheinbares Klingelschild, unspektakulär die Räume. Einzig die vielen Weltkarten an vielen Wänden fallen auf. Davor der Mann im Nadelstreifenanzug, die Pressesprecherin immer dabei.

Ein Landwirt an der Börse? „Nur für die ungewöhnlich, die die Finanzierung eines Bauernhofes auf reine Eigenfinanzierung oder die Fremdfinanzierung über eine Bank reduzieren“, sagt er. Die Börse sei ja nichts anderes als eine Alternative zur Bank. „Wir sind nicht das einzige mittelständische Unternehmen, das gelistet ist“. Und überhaupt, 35.000 Hektar im Vergleich zu den knapp 12 Millionen Hektar Ackerland in Deutschland – trotz Börse und Aktionären im Rücken sei man da doch eher Kleinbauer. „Wir hegen und pflegen das Land zur Nahrungsmittelproduktion, sind in den meisten Fällen der größte Arbeitgeber am Ort, häufig der Hauptsponsor vom Fußballclub und richten auch noch Kindergartenfeste aus“, sagt Berger. Das ist ziemlich nett.

Wenn sie nicht aus ihrer Sicht Entwicklungshilfe im strukturschwachen Osten leistet und großflächig im konventionellen wie ökologischen Landbau investiert, wird kräftig diversifiziert: 21,5 Millionen Euro konnte die Gruppe im vergangenen Jahr durch den Verkauf erneuerbarer Energien aus der Biogasproduktion Erlösen. Nur wenig mehr, 22,9 Millionen Euro, im konventionellen Marktfruchtanbau. Wie viel Landwirt steckt da noch drin? „Wir sind Landwirte und werden auch in zehn Jahren noch aus unseren landwirtschaftlichen Ressourcen auch Energie erzeugen“, glaubt der KTG-Vorstand. Landwirtschaft und Energie – damit lässt sich dank staatlicher Beihilfen ganz gut wirtschaften.

Seife ist Seife. Ein Autoreifen ein Autoreifen. Das schaurig Schöne am Getreide ist: es kann Essen sein oder Treibstoff, Lebensmittel oder Energielieferant. „Flex Crop“ nennen die Experten diese Doppelrolle, „flexible Frucht“, bei der der Landbesitzer entscheiden kann, wie er sie an den Mann bringt: als Rohstoff fürs Brot? Oder als Rohstoff für Agrartreibstoffe? Ist er nicht ganz dumm, schaut er erstmal auf die Preise: „Erst nach der Ernte wird dann je nach Marktlage entschieden, wofür der Anbau letztlich genutzt wird“, sagt Roman Herre von der Menschenrechtsorganisation FIAN, „meines Erachtens ein extrem wichtiger Treiber für spekulative Landinvestitionen“. Und ein klarer Renditefaktor, der fatale Folgen haben kann: „Wenn kurzfristig extrem viel Nahrungsmittel – Sojabohnen, Mais, Zuckerrohr, Palmöl – vom Weltmarkt abgezogen werden weil die Preise für Biosprit steigen, fehlen sie ganz einfach an anderer Stelle“. Das kann töten.

Und es führt zu einem radikalen Wandel landwirtschaftlicher Strukturen. In Afrika, in Lateinamerika und Asien. In Mecklenburg-Vorpommern.

In den vergangenen 25 Jahren, erzählt Herre, habe Deutschland seinen Bedarf an Weizen locker selber decken können. Durch die sogenannte Vermaisung, die Biogasgewinnung durch Mais, werde hierzulande jetzt allerdings nicht mehr ausreichend Weizen produziert, sagt er. „Was bedeutet, dass wir Flächen im Ausland dafür benötigen.“ Dazu gibt es Menschenrechte, insbesondere das Recht auf Nahrung, die verhindern sollen, dass Land Grabbing den Hunger verschärft. „Es fehlt jedoch der Wille vor Ort und auch in Deutschland und der EU, diese Rechte konsequent durchzusetzen.“

Langsam wächst da zusammen, was zusammen gehört: „Klar gibt es strukturelle Zusammenhänge zwischen Ostdeutschland und Afrika“, sagt der FIAN-Mann. „Die werden von Finanzinvestoren und Spekulanten getrieben, von großen globalen Konzernen, die diese Verknappung nutzen, indem sie selbst in die aktive Produktion einsteigen“. Um das Jahr 2000 sagt er, seien Risiken wie Ernteausfälle noch zu hoch gewesen, da hätten sich die Global Player eben über den freien Markt die Agrarrohstoffe gesichert – heute sind die Preise dafür so hoch, dass das Risiko durch die Preisschübe relativierbar ist. „Viele Konzerne betrachten nicht mehr nur den Weltmarkt als Agrarrohstofflieferant, sondern steigen selbst in die Produktion ein“, glaubt er. Breit aufgestellt kann man der Volatilität der Märkte einfach besser standhalten. Die Wenigsten in diesem Spiel um Arbeit, Boden, Kapital bekennen sich allerdings zu diesem Zusammengehörigkeitsgefühl.

Vielleicht, weil sie auch gar nicht so genau wissen können oder wollen, was da passiert, wo man investiert: „Wir dürfen nur auf Basis von öffentlich zugänglichen Informationen handeln. Deshalb setzen wir uns intensiv mit den Unternehmen auseinander, studieren Analysen, sprechen mit den Vorständen - hier bei uns im Haus, oder bei den Unternehmen vor Ort.“ Der Mann, der das sagt ist Claus Gruber, Reputational Risk Manager der DWS, der Fondsgesellschaft der Deutschen Bank, betreut dort die Nachhaltigkeitsthemen.

Der Mann spricht ehrlich und direkt – gut für den Ruf der DWS, die man viel lieber als Wurzel allen Übels sehen möchte. Die FIAN hat Ende 2010 eine Studie veröffentlicht, Titel: „German investment funds involved in land grabbing“, da rangiert die DWS ganz oben. Auch die KTG Agrar findet sich da wieder: über den Global Agribusiness Fonds ist die Fondsgesellschaft an der Hamburger Gruppe beteiligt, hält knapp 44.000 Aktien.

Peanuts im Vergleich zu den Beteiligungen an Brasilagro, Yara International in Tansania oder Bisi International in Indonesien, die richtig dicken Fische im Agrobusiness.

Wer die vor Ort kontrolliert? „Meist gesellschaftliche Gruppen wie NGOs, aber auch die Politik über die Regulierung“, sagt Gruber, „Wir schauen uns manchmal die Produktionsstätten an, aber als Gast der Unternehmen. Also können wir nicht ohne Aufsicht über die Felder laufen.“ Auf einer Riesenfarm in Südamerika wisse keiner so genau, was hinter dem Wald passiere. „Darum ist für uns die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen wie der FIAN eine durchaus relevante Größe“. Man könnte auch sagen, da lagert eine der weltgrößten Fondsgesellschaften Verantwortung schlichtweg aus.

Das kann nicht gut gehen, das weiß auch die DWS. Sie verabschiedet Umwelt- und Sozial-Richtlinien für das Portfoliomanagement. Und versucht, diese bei den beteiligten Unternehmen zumindest mal zu platzieren. Aber nur kein Zwang, ist alles freiwillig!

Was aber tun, wenn sich herausstellt, dass man Anteile an einem Unternehmen hält, das Land raubt? Die Beteiligung abstoßen? Versuchen, die Firma zu einer anderen Haltung zu bewegen? In bestimmten Staaten gar nicht mehr investieren? „Es ist nicht alles Gold, was glänzt; mancherorts ist es einfach sehr, sehr grau“, sagt Gruber.

Dann erklärt er, worauf es wirklich ankommt: „Als Treuhänder sind wir dem wirtschaftlichen Erfolg des Kunden verpflichtet“, sagt er. Bei der Analyse fließen aber in jedem Fonds ökologische und gesellschaftliche Aspekte mit ein. „Deshalb sprechen wir von verantwortlichem Investieren“.

Der wirtschaftliche Erfolg, das ist Common Sense, ist der Urtrieb des homo oeconomicus. Der will mehr Arbeit. Mehr Kapital. Mehr Boden. Boden aber, gibt's nur einmal.,

## Wowis Legoland

*Seit 2001 regiert Klaus Wowereit in Berlin. Seine architektonische Hinterlassenschaft: eine Stadt, geprägt von ästhetischem Opportunismus.*

Von Georg Diez, Der Spiegel, 18.03.2013

Es gibt am Berliner Hauptbahnhof einen Trampelpfad, der zeigt, wie diese Stadt funktioniert: Erst denkt sich jemand etwas aus, dann machen alle alles anders, und schließlich geht die ganze Sache schief.

So wirbelt hier im Sommer der Staub der Mark Brandenburg durch die Luft, bis man husten muss, und im Winter zerren die Touristen ihre Rollkoffer durch die Matschwüste, als wären sie gerade in Lagos gelandet, mitten in der Regenzeit.

Eigentlich gibt es einen richtigen Weg, der geht vom Hauptbahnhof, der immer noch aussieht, als wäre er direkt vom Himmel gefallen, so eckig und unelegant liegt er da herum, in Richtung Kanzleramt, das in seiner skulpturalen Anmaßung schon wieder rührend wirkt. Welcher Riese hat eigentlich diese Betonbauklötze dort liegenlassen?

Der ordentlich eingefasste Weg führt erst mal sinnlos in die eine und dann in die andere Richtung, jedenfalls nicht direkt dorthin, wo die Menschen hinwollen mit ihren Rollkoffern, da sind sie stur - und genauso stur sind auch die Berliner Stadtplaner, wenn es sie wirklich gibt, sie werden jedenfalls den Teufel tun und die Wegführung so verändern, dass man diese Stadt zivilisiert betreten kann.

Wer Zivilisation sucht, das ist die Botschaft dieses Trampelpfads, der soll lieber in Florenz, Salzburg oder Prag suchen.

Hier dagegen ist das harte, hunnenhafte Berlin. Hier ist alles entweder zu groß oder zu flach, hier steht alles entweder zu weit auseinander oder zu nah beieinander, hier können sie nur Baulücke und Abriss, hier war mal eine Garnisonsstadt, hier war mal der Kaiser, hier war mal der Krieg, nichts ist leicht und beschwingt, hier ist alles irgendwie falsch.

Was auch erklärt, wie jemand auf die Idee kommen konnte, einen anämischen Hotelkasten mit Fenstern von roboterhafter Monotonie direkt neben den Hauptbahnhof zu stellen, so direkt wie ein Betrunkener sich an einen drängt, wenn er noch einen Euro erschnorren will, und man den üblen Atem riecht, dass es eine Kränkung ist.

Was auch erklärt, warum auf diesem Bahnhofsvorplatz, der ein zentraler Ort der Republik sein könnte, die demokratische Dynamik der Bahn im Rücken, die demokratische Troika Kanzleramt, Abgeordnetenhaus, Reichstag vor Augen, nun auf einmal schon zwei, drei, vier dieser Kästen herumstehen, ein kleines, trauriges Hotelviertel, in Windeseile gebaut und erst mit Baufolien verhängt und irgendwann nicht mehr, aber ein großer Unterschied ist dabei nicht festzustellen, so billig sind die Materialien, so fade die Fassaden.

Das ist der Stil der Berliner Gegenwart, ein Stil der Zwanghaftigkeit und der Angst, ein Stil des Kalküls und der Rendite: Herausgekommen sind dabei Bauten mit dem Charme einer Registrierkasse wie die Veranstaltungshalle der O2 World im Osten der Stadt, herausgekommen sind wackelige Pappmaché-Varianten eines selbstsicheren Chicago-Kapitalismus wie das "Zoofenster"-Hochhaus im Westen der Stadt - und dazwischen Fassaden von erschlagender Feigheit, eine urbane Ödnis, die den Betrachter ratlos lässt oder wütend macht auf die Wurstigkeit, mit der hier eine Stadt verscherbelt wird.

Und die Wurstigkeit hat einen Namen: Klaus Wowereit.

Sein urbanistisches Erbe ist eine Stadt im Investorenstil. Es ist sein Berlin, das man hier besichtigen kann und das gewachsen ist, seit er begann, diese Stadt zu regieren. 2001 war das, die Zeit der billigen Grundstücke und des billigen Bauens - Wowereit ist nicht für alles und jedes verantwortlich in dieser Stadt, aber der ästhetische Opportunismus, mit dem in den vergangenen zehn, zwölf Jahren gebaut wurde, ist Spiegel seiner Visionslosigkeit und seines Party-Pragmatismus.

Wowereits Wurstigkeit hat auch eine politische Dimension: Es war ein SPD-Bürgermeister, der die Stadtplanung aus der Hand gab, es war die SPD in der Koalition mit der Linken, die die Liegenschaftspolitik forcierte und in Zeiten steigender Preise die Grundstücke an den abgab, der am meisten Geld bot - und sich damit der Chance beraubte, die Stadt nach eigenen Vorstellungen zu gestalten.

"Stadt als Beute", so hieß ein Theaterstück von René Pollesch, der schon 2001 beschrieb, was mit Berlin passierte - aber selbst Pollesch hätte sich wohl nicht eine Farce ausdenken können wie die, die sich rund um die East Side Gallery abspielte, wo ein Stück Mauer abgerissen werden sollte, genau dort, wo ein recht schicker Wohnturm entstehen soll und wo erst die Proteste und Demonstrationen dafür sorgten, dass der Bezirksbürgermeister von den Grünen seine Investorenfreundlichkeit revidierte.

Und so ist das Desaster um den gescheiterten Flughafen Berlin-Brandenburg nur das eklatanteste Beispiel dafür, was in dieser Stadt alles schiefgehen kann - überraschen kann einen dieses Milliardenfiasko nicht wirklich, weil es sich organisch ergibt aus den Kungeleien in den Hinterzimmern, die das Bauen in der geteilten Stadt vor allem im übersubventionierten Westen immer geprägt haben.

Der Schund und der Schlendrian haben in Berlin eine gewisse Geschichte - der sogenannte Steglitzer Kreisel etwa, ein Hochhaus, das 1968 begonnen und 1980 fertiggestellt wurde, nachdem sich die Baukosten fast verdoppelt hatten und der Senat mit vielen Millionen Mark einspringen musste, ein Skandal, auch weil sich einige der Beteiligten auf öffentlicher und privater Seite durchaus nahestanden.

Nach der Wende kam die Zeit des Senatsbaudirektors Hans Stimmann, der die Maxime der "kritischen Rekonstruktion" vorgab und Berlin damit in die Vergangenheit statt in die Zukunft schickte - das Ergebnis ist die Ratlosigkeit des Potsdamer Platzes und eine Fantasy-Vorstellung von Metropole, die die Stadt zur Kulisse degradiert und wahllos Versatzstücke und Vorbilder kombiniert, ein imaginiertes 19. Jahrhundert genauso wie die Italianità einer Passagen-Architektur, die mehr an Catenaccio erinnert als an Luftigkeit und Leichtigkeit.

Bis heute wirken dieses ästhetische Zwangs- und Angstregime und auch die ästhetischen Seilschaften fort, die Ausschreibungen und Auftragsvergaben steuern. Die Stimmann-Doktrin hatte zur Folge, dass, mit Ausnahme etwa des Jüdischen Museums von Daniel Libeskind, so gut wie kein bedeutender Architekt auf Berliner Boden etwas Berauschendes gebaut hat. Entweder mussten sie wie Frank Gehry am Pariser Platz für die DZ Bank ihre Kreativität nach innen wenden, oder sie wurden in die Seitenstraßen

verdammt, wie I. M. Pei beim Deutschen Historischen Museum. Dabei täte der preußischen Borniertheit, wie sie Unter den Linden zelebriert wird, ein Gegenwartsschock ganz gut.

In einer Zeit also, in der andere Städte sich mit Stromstoß-Architektur selbst aufweckten, dämmerte Berlin in Richtung Stadtschloss und gefühlten Wilhelminismus, setzte sich diese antimoderne Egal-Ästhetik durch - und dennoch wurde die Stadt zum Sehnsuchtsort für gleich mehrere Generationen von Künstlern, Nachtmenschen und Optimisten aus allen Ländern der Welt.

Es ist paradox: Berlin, das international als Metropole des 21. Jahrhunderts gefeiert wird, steckt gedanklich und architektonisch hüftief im 19. Jahrhundert.

Vor diesem Widerspruch breitet sich nun das aus, was Wowereit in den vergangenen knapp zwölf Jahren zu verantworten hatte: eine Ära, die geprägt ist von entscheidenden Fragen nach der Zukunft der Stadt - und die ohne konkrete Antworten bleibt aus Wowereits Rathaus.

Wem gehört zum Beispiel der öffentliche Raum, wem die Innenstädte, wer kann sich Stadt überhaupt noch leisten, und wie wollen sie leben in dieser Stadt? Was sind also die gesellschaftlichen Bedingungen - und wie spiegeln sie sich in der Bauästhetik?

Wowereit ist, auch hier, nicht für alles zuständig - aber ein Bürgermeister sollte ein Bild von seiner Stadt haben, das er den Bürgern vermittelt, er sollte zeigen, was er will und was er nicht will. Als wichtigste architektonische Stellungnahme bleibt ein Wutanfall Wowereits gegen ein Einkaufszentrum in Erinnerung. Über das Alexa, das sich wie eine schuppig-rote Echse am Alexanderplatz duckt, sagte er voller Abscheu: "Ist das hässlich", als wäre das nicht seine Stadt, als wäre das nicht seine Aufgabe, gestalterisch zu wirken.

Die Diskussion über die Stadt im 21. Jahrhundert fand anderswo statt - in Berlin muss man sich seit den neunziger Jahren mit Fragen wie der nach dem Verhältnis von Glas und Stein an den Fassaden herumschlagen: 40 zu 60, das ist eine Stimmann-Vorgabe. Und in Berlin wird zum Beispiel auch 2013 noch ernsthaft diskutiert, ob man ein ganzes historisches Viertel wieder aufbauen soll, das Marienviertel am Stadtschloss.

"Historismus und Kapitalismus", sagt dazu jemand wie Hanns Zischler, der Essayist und Schauspieler, "mehr gibt es eben nicht in dieser Stadt." Die Grobheit, die schon immer

im Wesen dieser Stadt lag, beschreibt Zischler in seinem gerade erschienenen Buch "Berlin ist zu groß für Berlin" - diese Stadt, die immer auch eine Illusion war, eine "Fata Morgana über märkischem Sand und Sumpf". Die "rasche, ja maßlose Expansion", schreibt Zischler, war hier "notgedrungen verbunden mit einer geradezu habituellen Zerstörungswut".

Sie können ein Schloss sprengen, wie in der DDR, sie können den Palast der Republik abreißen, wie im Nachwende-Deutschland, aber wenn sie dann mal etwas Neues bauen sollen, fällt ihnen doch wieder nur 1900 ein.

Zischler, 65, ist ein freundlicher, gebildeter Mensch, eher eine Seltenheit in dieser Stadt, die sich bis heute nicht davon erholt hat, dass sie das jüdische Bürgertum verlor, weil die Nazis es so wollten, diese Stadt, die im Grunde nie eine eigene bürgerliche Tradition hatte.

Geblieden ist Berlin das Protzige, das Parvenühafte, das Proletarische, eine Mischung aus Maßlosigkeit und Minderwertigkeitskomplex, aus Größenwahn und Mittelmaß, die längst Alltag und Ästhetik geworden ist.

Das "Yoo" zum Beispiel, ein Edelwohnblock, erdacht vom Designer Philippe Starck: Zehn Stockwerke hoch thront es hinter der winzigen Brecht-Statue am Berliner Ensemble, eine Pyramide ohne Spitze und ohne König. Wer hier wohnen wird, wird viel Geld haben - ob er auch Geschmack hat, ist die andere Frage. Starck hat sich vier Einrichtungsarten ausgedacht, damit die reiche Ratlosigkeit nicht so auffällt: "Classic" mit Holzboden und Kamin und einem modernistischen Eames-Sitzobjekt, "Minimal" mit ein paar braunen Baumstämmen vor viel Weiß, "Nature" mit einem roten Sofa in Lippenform und braun gewellten Wänden, "Culture" mit weißen Stühlen, die mullbindenartig ein wenig an den unglücklichen "Englischen Patienten" erinnern, und ein paar Kronleuchtern, als käme Marie Antoinette gleich zum Tee vorbei.

Es ist ein Bauen wie vor der Revolution, und das ist auch der Eindruck, den das andere Hochglanzprojekt vermittelt, das gerade entsteht - die Wohnungen in den "Kronprinzengärten", in allerbesten Lage zwischen Unter den Linden und Gendarmenmarkt, wirken wie für Oligarchen geplant: Die Russifizierung von Mitte hat erst begonnen. Wer hier im Lego-Klassizismus der "Kronprinzengärten", die bislang nur in einem Werbevideo

existieren, wohnen wird, hat zwischen den Stop-overs in Monaco, St. Moritz und St. Barth nicht auch noch Zeit, sich um Einrichtungsfragen zu kümmern.

Das "Yoo" und die "Kronprinzengärten" sind nur die spektakulärsten Beispiele für etwas, das mit dem überstrapazierten Begriff der Gentrifizierung schwer zu fassen ist: Eher handelt es sich, bei einem Kaufpreis von bis zu 10 000 Euro pro Quadratmeter, um eine fortschreitende Anästhesierung der Innenstadt.

Längst schon aber zeigen sich die wahren Probleme dieser Stadt: Sie wird in den kommenden Jahren (bis 2030) um 250 000 Menschen wachsen, sie wird Wohnraum brauchen, schon jetzt explodieren die Mieten. Warum also, muss sich Klaus Wowereit fragen lassen, hat Berlin den sozialen Wohnungsbau ausgerechnet in den zehn Jahren eingestellt, in denen seine Stadt freigegeben wurde zur Trophäenjagd für Besserverdienende?

Regula Lüscher, Wowereits Senatsbaudirektorin aus der Schweiz, formuliert vorsichtig, es gebe eine Schwäche der öffentlichen Hand, es gebe die Zwänge des öffentlichen Bauens. Sie schwärmt dann auch lieber von den privaten Baugruppen, die tatsächlich immer wichtiger und sichtbarer werden, eine "Avantgarde", wie Lüscher meint, und doch kein Ersatz für sozialen Wohnungsbau.

In den nächsten vier Jahren müssen 30 000 Wohnungen gebaut werden, die für 2020 geplante Internationale Bauausstellung soll sich um die Frage drehen, sagt Lüscher, wie "Urbanität vergrößert werden kann": "Draußenstadt wird Drinnenstadt", das ist der Slogan der IBA, es geht um die "gefühlte Peripherie" und den "Druck auf die Innenstadt" - städtebauliche Floskeln erst einmal, Lüscher muss zeigen, was das konkret heißen soll.

Was heute geplant und genehmigt wird, das wird die nächsten zehn Jahre prägen, die nächste Ära - ein möglicher Wegweiser in diese Zeit steht bereits, nördlich des Hauptbahnhofs, das Hochhaus der Architekten Barkow Leibinger: ein selbstbewusster Solitär, und Solitäre wollten sie doch im Berlin des Stimmann-Denkens eigentlich nicht.

Bislang sind das Ausnahmen, und auch im "Stadtentwicklungskonzept 2030", an dem gerade gearbeitet wird, fehlt noch das Bekenntnis, mit der bisherigen Praxis zu brechen und die Stadt ästhetisch, politisch und sozial anders zu denken - so wie zum Beispiel am Holzmarkt, einem besonders schönen Grundstück direkt an der Spree, das im vergangenen

Jahr überraschend von der Stadt nicht an einen klassischen Investor verkauft wurde, sondern an eine Gruppe um die Betreiber der Bar 25, eines typischen Berliner Szene-Sehnsuchtsorts, aus dem heraus sich, so stellen es sich die Betreiber vor, das Denken über Stadt neu entwickeln soll.

Das "Eckwerk" soll hier entstehen, eine Art Gründerzentrum, wo Wohnen und Arbeiten vermischt werden, ein öffentlicher Park ist geplant, der "Mörchenpark", das ganze Ensemble soll eher dorfähnlich angelegt sein - es ist ein eher kollektives Denken über Stadt, das sich hier zeigt, eine neo-hippiehafte Antwort auf die Frage, wem die Stadt gehört: teilen statt besitzen etwa. "Wir gehen schon davon aus", sagt Mario Husten, einer der Initiatoren, "dass sich in den Beziehungen der Menschen etwas ändert."

Das Holzmarkt-Projekt war auch deshalb erfolgreich, weil eine direkte Bürgerbeteiligung möglich war - es wurde aber nach der alten Liegenschaftspolitik abgewickelt, auch dieses Grundstück wurde meistbietend verkauft. Inzwischen hat der Senat seine Politik korrigiert und entschieden, dass Aspekte der Stadtentwicklung bei der Vergabe von Grundstücken berücksichtigt werden sollen.

Was sie am Holzmarkt wagen, ist im Grunde klassische bürgerliche Stadteroberung. Sie haben das Selbstbewusstsein. Sie tragen diese Stadt. Sie verändern Berlin nach ihrem Beispiel. Sie stellen die Regeln auf. Sie wollen die Institutionalisierung des Trampelpfads.

## Edward Snowden und ich

*Unser Autor macht sich im Netz auf die Suche nach seinen Daten. Er stößt dabei auf Firmen mit seltsamen Namen, die er nicht kennt - die aber seine Zukunft errechnen. Fast wie die NSA? Plötzlich wird ihm ganz anders*

Von Johannes Gernert, taz, 06.07.2013

Sechs Tage bevor die Welt Edward Snowden kennenlernt, stehe ich in einem Gewerbegebiet in Düsseldorf in einem Raum, der brummt, und versuche herauszufinden, warum mir mein Mailanbieter GMX nachts nackte Frauen zeigt. Um mich herum fließen Daten. Irgendwo könnten auch ein paar von mir vorbeirasen durch die blauen, roten, gelben Kabel.

Von diesem Rechenzentrum aus verteilt die Firma Adition Werbung auf Internetseiten. Banner, manche maßgeschneidert, auf stern.de, taz.de - und auf GMX. Flache Computer, die hier Server heißen, stapeln sich in Schränken fast bis zur Decke. Das Rauschen der Daten klingt beruhigend.

Sechs Tage später ist überall Edward Snowdens blasses Gesicht zu sehen, alle reden von Geheimdiensten, und plötzlich wiegen die Fragen, die mich an diesen Ort geführt haben, so viel schwerer: Was wissen all die Firmen über mich - GMX, Facebook, Google, Karstadt und Acxiom?

Im ungeschriebenen Vertrag über das Verhältnis von Internetnutzerinnen zu Internetfirmen steht unter Paragraf 1, Absatz 1: Die Nutzer zahlen mit ihren Daten. Dafür kriegen wir Facebook, Google, Twitter, Skype und GMX gratis. Das ist der Deal.

Was ist das für ein Deal in der Welt nach Edward Snowden? Jetzt, wo wir wissen, wie einfach NSA, GCHQ oder der BND an die Daten kommen, mit denen wir zahlen.

Das Institut in den USA, das die Onlinekonzerne kontrollieren soll, heißt Federal Trade Commission, man könnte sagen: Bundeshandelskommission. Julie Brill sitzt seit einigen Jahren in dieser Kommission. Sie ist eine Frau, die gern strenge Blazer trägt, dazu

eine freundliche, runde Hornbrille, in Deutschland würde man sie eine Datenschützerin nennen.

Am Vormittag des 26. Juni hält Brill einen Vortrag auf der Konferenz für Computer, Freiheit und Privatsphäre in Washington. Wir hätten zwar schon immer geahnt, sagt die Juristin, dass Unternehmen oder der Staat ohne unser Wissen und unsere Zustimmung auf oft überraschenden Wegen private Informationen anhäufen, um sie auf eine Art zu nutzen, die wir weder erwarten noch verstehen und der wir auch nicht zugestimmt haben. Aber erst Edward Snowden habe klargemacht, was der Tausch - Daten gegen gratis Services - bedeute: Wenn sie unsere Daten gegen uns verwenden wollen, haben wir keine Chance.

Julie Brills Rede hat den Titel "Reclaim your Name" - Holt euch euren Namen zurück. Sie will ein Onlineportal schaffen, auf dem jede Bürgerin, jeder Bürger der USA herausfinden kann, welche Informationen die Datensammler und Datenhändler, die Marketingfirmen und Onlineshops besitzen. Brill wirbt für eine Möglichkeit, falsche Informationen zu korrigieren - und damit das Bild, das sich diese Firmen zum Namen gemacht haben.

Man kann all das im Skript ihrer Rede auf der Seite der Federal Trade Commission nachlesen.

Während die USA Anklage unter dem Espionage Act gegen Edward Snowden erheben, erklärt ihn das Vorstandsmitglied einer US-Bundesbehörde zum Helden.

Was würde ich auf so einem Portal, wie es Julie Brill vorschlägt, über mich finden?

Oberflächlich betrachtet, besteht mein Deal mit den Internetfirmen vor allem aus Werbung. Es ist das, was am Rande von Onlineseiten blinkt.

49 Firmen sammeln meine Daten. Ich kenne keine.

Auf meine-cookies.org kann ich feststellen, welche Firmen Informationen über mich sammeln, um Onlinewerbung für mich zu schalten. Ich zähle 49 von ihnen. Ich lese unbekannte Namen: Xaxis, Value Click Media, Quantcast.

Man kann sich das so vorstellen: Während Sie diesen Text lesen, schauen Ihnen sieben Menschen über die Schulter, die alle etwas auf einem Klemmbrett notieren. Sie wissen nicht genau, was.

Sie wissen nur, dass diese Menschen Ihren Namen nicht kennen dürfen, aber Ihr ungefähres Alter und Ihr Geschlecht - und nach der Lektüre dieser Zeitung ein paar Notizen darüber haben werden, wofür Sie sich besonders interessieren. Politik, Leibesübungen, Medien.

Haben Sie diese Abo-Anzeige gesehen?

Vielleicht gehen Sie später in einen Schuhladen und probieren ein Paar an, und wieder sind da diese Menschen mit den Klemmbrettern. Im nächsten Schuhladen kommt Ihnen schon eine Verkäuferin entgegen mit dem Paar, das Sie gerade anprobiert haben. Noch mal reinschlüpfen?

Die Klemmbretter mit den Notizen heißen Cookies. Wenn wir uns online durch die Artikel auf bild.de oder taz.de klicken, wenn wir bei ebay.de oder otto.de shoppen, haben immer ein paar Firmen ihre Beobachter abgestellt, also Cookies auf unseren Rechnern abgelegt. Man nennt das Tracking. Auf Deutsch: Verfolgung.

Um mehr über meine Verfolger herauszufinden, muss ich sie sichtbar machen. Das geht mit einem Programm namens Ghostery, das mir auf jeder Webseite, die ich besuche, ab jetzt immer eine lila Liste mit den Namen meiner Tracker einblendet.

Beim Schuhanbieter Zalando sehe ich manchmal 24 Tracker, die Informationen an Facebook, Google, an dessen Werbeabteilung Doubleclick, aber auch an Firmen wie AdMeld oder Webtrekk senden. Sie sind dafür verantwortlich, dass sich meine Kollegin gelegentlich von einem Schuh verfolgt fühlt, der überall im Netz auftaucht.

Ghostery hilft mir, die Tracker bei GMX auszukundschaften. Der erste Verfolger ist: Adition. Nach Google zählt Adition zu den größten Verteilern von Werbebannern in Deutschland. Der Geschäftsführer, Jörg Klekamp, hatte mich nach Düsseldorf ins Gewerbegebiet eingeladen. Dahin, wo die Daten rauschen.

Wieso erscheinen mir nachts diese nackten Frauen auf GMX?

Ein Konferenzraum, eine Filterkaffeekanne, Jörg Klekamp hat jemanden vom Bundesverband Digitale Wirtschaft dazugeholt. Beide sehr business casual, Jeans, Hemden. Als ich ihre Zitate später autorisieren lassen will, schreibt sie der Verbandsmitglied in zeilenlange Erörterungen um, die wie Gesetzestexte klingen. Auch aus Sorge, es könne ein

Zerrbild entstehen, wenn man Onlinewerbeindustrie und NSA gedanklich verbindet. Edward Snowden, klar.

"Erotikwerbung unterliegt in Deutschland den klaren Richtlinien des Jugendmedienschutz Staatsvertrags", will er nun gesagt haben.

Aha?

Jörg Klekamp malt Begriffe und Pfeile an eine Tafel, Adfarm1, Profilvariable, Gender, Alter.

Grob ist es so: Firmen wie Axe oder BMW wollen mit ihren Bannern Zielgruppen erreichen. 40 bis 45, männlich, duschgelinteressiert. Oder: 30 bis 35, weiblich, rennwagenaffin. Firmen wie Adition gleichen die Zielgruppenvorgaben mit den Cookies oder noch spezielleren Infoschnipseln aus meinem Browser ab. Wenn ich ins Profil passe, schicken sie den Banner auf meinen Bildschirm.

Man könnte GMX auch werbefrei nutzen. Das würde 2,99 Euro im Monat kosten.

Viele Werbefirmen haben offenbar kein Interesse, mich allzu genau kennenzulernen. Um mich persönlich zu werben ist immer noch relativ teuer.

Worauf besonders Verbandsvertreter gern hinweisen: Google kombiniert viel, viel mehr Daten als deutsche Firmen wie Adition.

Google also. Der Suchschlitz in meinem Browser. Ein Konzern, der Hunderte Millionen Nutzer hat, weil er es versteht, Dinge einfach und nützlich zu gestalten. Kalender, Mailprogramme.

Zu den eigenen Cookie-Informationen zu gelangen will Google offenbar so schwer wie möglich machen. Ich muss dafür den Anzeigenvorgaben-Manager aufspüren.

Wenn man eine Werbeagentur beauftragen würde, ein Wort zu erfinden, das sich so abschreckend liest, dass 97 Prozent der Internetnutzer bei seinem Anblick Angst vor Klickkrätze bekämen, wäre Anzeigenvorgaben-Manager ein echter Kandidat.

Nach etlichen Links und Klicks teilt er mit: Ich bin zwischen 25 und 34 Jahre alt. Meine Interessen, basierend auf meinen Suchanfragen, sind unter anderem: Abenteuerspiele, Bankwesen, Haarpflege, Schönheit und Fitness, Smartphones - und Toyota.

Haarpflege? Toyota?

Daten gelten heute als mächtiger denn je. Big Data ist der Begriff, der diese Macht umschreibt: Der Paketdienst UPS spart Millionen, weil er aus den Datenmassen seiner Fahrer die günstigsten Wege errechnet. Google sagt vorher, wie eine Grippeepidemie verläuft. Man kann den Aktienkurs einer Hotelkette schätzen, indem Kameras messen, wie viele Hotelzimmerfenster beleuchtet sind.

Das Wort Big in Big Data, hat Commissioner Julie Brill in ihrer Rede gesagt, deutet vor allem auf das Riesengeschäft hin, das sich mit ihnen machen lässt. In jeder Minute spuckten wir unsere Daten in der Gegend herum, während wir an einer Sicherheitskamera vorbeigehen, unsere Kreditkarte irgendwo durchziehen oder auf eine App tippen.

Google sitzt auf einem der größten Datenschätze dieser Erde. Es kennt viele meiner Mails, meine Termine, meine Suchbegriffe. Wie kommen seine Algorithmen darauf, ich würde mich für Toyota interessieren - oder für Haarpflege?

Warum weiß Facebook, wo ich mit Oma essen gehe?

Es sind Widersprüche wie diese, die mich verwirren. Ich würde mich gern auflehnen gegen die Allmächtsallianz aus Geheimdiensten, Onlinefirmen und Datenhändlern, die eine Überwachungswelt schaffen. Aber dann kommt mir manches wieder so putzig unbeholfen vor. Warum lesen NSA und dessen britische Partner vom GCHQ alles Mögliche mit, aber können Attentate wie das von Boston nicht verhindern? Man könnte das auch als Schutz betrachten: dass vieles in diesem Meer aus Daten einfach untergeht.

Womöglich geht es einigen wie mir. Die Macht der Daten ist uns theoretisch völlig klar. Amazon beispielsweise weiß ja nicht nur, welche Bücher ich vor mehr als zehn Jahren gekauft habe, sondern auch, welche Stellen ich in meinen E-Books markiere. Aber alle Bücher in einem leichten Kindle überall abrufbereit zu wissen fühlt sich gut an.

Ich war bisher duldsam wie offenbar viele. Vielleicht, mutmaßt eine Sprecherin der Bundesverbraucherzentralen, müsse den Leuten erst klar werden, was das Tracking langfristig ermögliche, bevor sie sich aufregen: dass man unterschiedlichen Onlineshoppern etwa unterschiedliche Preise anbiete oder unterschiedliche Versicherungstarife. Diskriminierung also.

Beschwert habe sich bisher kaum einer. "Was auch daran liegen könnte, dass viele gar nicht wissen, dass sie getrackt werden", glaubt sie.

Vielleicht fehlt uns die konkrete Vorstellung dieser digitalen Zukunft.

"Der Spruch des Tages", ruft Andreas Weigend ins Telefon: "Daten sind so viel wert wie der Einfluss, den sie auf Entscheidungen haben."

Weigend stammt aus Deutschland, war Amazons Chefwissenschaftler und forscht heute in Stanford. Er nutzt das Programm Google Now, das sämtliche Informationen sammelt, um ein guter Assistent zu sein und etwa Flugverspätungen mitzuteilen. Seine eigenen Daten gibt Andreas Weigend furchtlos her und weiß, was sie Unternehmen bringen können. Gerade lässt er sich in Singapur die Füße massieren.

Jeder erzeuge heute, wie heißt das gleich auf Deutsch, data exhaust, genau: Datenabgase. Unternehmen speisen sie in Modelle ein, die berechnen, wie sich Menschen als Konsumenten verhalten. Alles also eine Frage der klugen Abgasmessung. Etwa: "Die Wahrscheinlichkeit, dass Sie sich im nächsten Jahr einen Swimmingpool kaufen", ruft Weigend.

Geheimdienste und Marketingfirmen, NSA und Amazon, denken da sehr ähnlich: Sie versuchen, den nächsten Schritt abzusehen, bevor ihn einer tut. Swimmingpool. Sprengstoffanschlag. Whatever.

Weigend unterscheidet zwei Ansätze: über meine Verbrauchervergangenheit, meine Cookies etwa, den Konsumenten verstehen, der ich heute bin. Oder: in all meinen Daten erkennen, was ich gleich tun werde. Dafür steht auch Google Now, der Assistent auf dem Smartphone, der liefern soll, was man braucht, bevor man es sucht. Stauinformationen, Wetternews. Hier wäre übrigens der Schuhladen, da McDonald's. Haben Sie die Starbucks-Filiale gesehen?

Die Informationen der Tracker von den Onlineseiten verbinden sich so mit GPS-Daten. Nicht mehr nur Klick für Klick, auch Schritt für Schritt.

Misstrauisch macht mich, wie wenig Google oder Facebook mir über meine Daten verraten wollen. Es sind doch: meine.

Ich muss auch bei Facebook ewig suchen, bis ich das "Archiv" bestellen kann, in dem nicht nur meine Login-Daten - Tag, Monat, Uhrzeit, IP-Adresse -, sondern auch meine "Ad Topics" gespeichert sind, die Werbethemen. Dazu zählen Dinge, die ich mit einem "Like" versehen habe. Und: der Bierpinsel. Ein Restaurantturm in Berlin. Da bin ich früher mit meinen Großeltern essen gegangen. Ich weiß nicht, woher Facebook weiß, dass ich etwas mit dem Bierpinsel zu tun habe.

Mir kommt das langsam wie ein mieser Deal vor. Facebook oder Google scheinen lieber mit der NSA zu kooperieren, als mir eine einfache Möglichkeit anzubieten, zu sehen, was genau sie über mich wissen.

Erst vor wenigen Tagen hat der Marktforscher eMarketer Zahlen veröffentlicht. Noch 2011 soll Facebook 3,15 Milliarden mit Werbung eingenommen haben, 2013 dürften es schon 5,89 Milliarden Dollar sein. Bei gut einer Milliarde Nutzern macht das mehr als 5 Dollar pro Kopf: für die Werbethemen-Liste, die bei mir mit #2011 FIFA Women's World Cup beginnt und mit #ZDFneo endet. Dazwischen so komische Stichworte wie #Gaming Instinct oder #Hanover.

5 Dollar für einen 24-Stunden-Service, für das Speichern ganzer Fotoalben, das Chatten mit meiner Cousine in Texas, für ständige Updates über virtuelle Freunde. Das ist nicht viel. Andererseits ist da dieser Bierpinsel, der das Ganze so persönlich macht, obwohl ich mit Privatem auf Facebook sehr geize.

Wenn die Daten ihre volle Macht entfalten, sieht das etwa so aus: In der Nähe von Minneapolis stürmt ein Vater in eine Filiale der Supermarktkette Target. Wieso schicke Target seiner Tochter Coupons für Babyklamotten? Wollte der Laden sie animieren, schwanger zu werden?

Als der Manager den Vater einige Tage später anruft, um sich noch einmal zu entschuldigen, wirkt der etwas zerknirscht: "Es gab hier wohl einige Aktivitäten in meinem Haus, von denen ich nichts mitbekommen hatte." Die Statistikabteilung der Firma hatte mit ihrem Modell zur Schwangerschaftsschätzung mehr über ein junges Mädchen herausgefunden als sein eigener Vater.

Facebook-Likes kombiniert mit Treueherzen

Wo es solche Möglichkeiten gibt, wie weit ist es da noch zur totalen Überwachung?

Und wäre es zu viel verlangt, dass diese junge Frau auf einem Onlineportal, wie Commissioner Julie Brill es sich vorstellt, nachlesen kann, dass ein Konzern sie für schwanger hält?

Hätte Target daran ein Interesse?

Auf 72 Milliarden Dollar schätzt eine Studie der Boston Consulting Group den kommerziellen Wert persönlicher Daten allein in Europa des Jahres 2011. Daten sind das neue Öl, sagen manche.

Meine Generation, diagnostiziert Nina Pauer in der Zeit, habe ein großes Urvertrauen, dass schon jemand auf sie aufpassen werde. Deshalb nehme sie auch die NSA-Enthüllungen so gelassen. Mutti kümmerge sich schon.

Ich spüre dieses Urvertrauen, gleichzeitig stelle ich mir jetzt manchmal vor, wie ich in einem Verhörraum sitze, auf dem Tisch ein Stapel voller Klemmbretter.

Sie interessieren sich also für #Gaming Instinct, sagt der Vernehmer, der eine runde Plastikscheibe vor dem Gesicht hat. Ich trage einen orangen Anzug.

Es ist kein Gedanke, den ich mag, weil er mir all mein Vertrauen mit einem Mal nimmt. Aber NSA und Guantánamo gehören zusammen.

Terrorabwehr ist das einzige Argument, das die USA, das Barack Obama, zur Verteidigung ihres Überwachungsstaates vorzubringen haben.

Wo ist Mutti?

Warum rufen wir sie nicht - mit Demos vor dem Kanzleramt, wie bei Guttenberg damals?

Der Staat Kalifornien stellte im Februar das "Right to Know"-Gesetz vor, das seinen Bürgerinnen das Recht auf detaillierte Informationen der Firmen, die die Daten speicherten, zugestehen sollte. Konzerne wie Google und Facebook wehrten sich. Das Gesetz wurde zurückgestellt.

Manche verglichen Facebook daraufhin mit dem Ölkonzern Exxon Mobil.

Im April wurde bekannt, dass Facebook in den USA mit Acxiom kooperiert. Das Unternehmen, Hauptsitz in Little Rock, Arkansas, kauft und verkauft Kundendaten. Namen, Adressen, Kreditkarteninformationen. Durchschnittlich 1.500 Informationseinheiten von mehr als 500 Millionen Konsumenten.

Diese Offlinedaten aus den Acxiom-Karteien werden nun mit den Onlineinformationen aus dem Netzwerk kombiniert. Man kann auf Facebook damit Werbung für Menschen schalten, die im Supermarkt häufig Cornflakes kaufen. Die Kombination von Facebook-Likes mit Treueherzen und Bonuspunkten.

Es gehe nur um Gruppen von Menschen, nicht um Individuen, teilt Facebook mit.

Je mehr Informationen allerdings vorliegen, desto einfacher lässt sich aus anonymisierten Daten eine Person ablesen.

Je mehr Facebook das Potenzial der Daten ausschöpft, desto größer seine Einnahmen. Desto kleiner unsere Privatsphäre.

Im deutschen Datenschutzgesetz gibt es den Paragraphen 34, der es mir erlaubt, Auskünfte über mich selbst bei Unternehmen einzuholen - auch bei Acxiom. Die Seite selbstauskunft.net verschickt die formal korrekten Bitten per Fax.

Ich lasse nicht nur ein Fax an Acxiom verschicken, sondern auch an mehr als zwanzig andere Firmen, von denen ich zuvor kaum gehört habe. Schober etwa, auch ein Adressensammler. Oder Acumio und Arvato.

Die eigene Acxiom-Akte. Mein Herz pocht

Die Antwort dauert. Ich rufe bei Acxiom an.

Der Geschäftsführer von Acxiom Deutschland hat eine angenehme tiefe Stimme. Er heißt Carsten Diepenbrock, sein Büro liegt in einem Industriegebiet in Neu-Isenburg in Hessen. Diepenbrock hat wenig Zeit, aber er versucht trotzdem genau zu erklären, ein bisschen wie Armin aus der "Sendung mit der Maus".

Acxiom versuche Affinitäten zu erschätzen. "Das sind etwa mathematisch hergeleitete Aussagen: Wir vermuten, dass diese Person ein größeres Interesse hat an einem größeren Fahrzeug, weil man weiß, dass in der Ecke überdurchschnittlich viele Familien leben."

So könnten Sie etwa einem Autohändler helfen, einen neuen Standort zu finden oder ein Plakat besonders günstig zu platzieren.

Diepenbrock mag das Wort Datensammler nicht, auch wenn er nachvollziehen könne, warum es immer in der Presse stehe. Er bevorzugt: Marketingservicedienstleister.

Weil der deutsche Datenschutz gebietet, dass keine personenbezogenen Daten verwendet werden, legt Acxiom in Deutschland Mikroprofile für immer mindestens fünf Haushalte an. "Wir arbeiten mit anonymisierten Schätzdaten. Es sei denn, Sie haben einem Dienstleister die Einwilligung gegeben, Ihre Adressdaten fürs Targeting zu nutzen."

Aha, Carsten Diepenbrock ist immerhin ehrlich. Die Informationen sind gar nicht alle anonymisiert. Man nennt das Listenprivileg. Sollte ich mal irgendwo in einem Gewinnspiel einen Haken falsch gesetzt haben, steht mein voller Name in einer Datenbank und meine Adresse wird gehandelt.

Ich bin aber vorsichtig. Otto, Neckermann, Schober schreiben mir alle Briefe, in denen sie mitteilen, sie hätten keine Daten von mir. Zwei Firmen, die offenbar etwas mit Krediten zu tun haben, allerdings schon. Acumio finance services gmbh kennt meine Adresse und schätzt meinen SAFE Consumer Score auf 627 Punkte, Klasse 5, also mittel. Ähnlich betrachtet mich Arvato Infoscore. Arvato Infoscore ist eine Bertelsmann-Tochter, die unter anderem Kreditrisikoprüfungen unternimmt. Ohne mein Zahlungsverhalten zu kennen, schätzen sie mich als mittelkreditwürdig ein. Es kommt mir vor wie eine falsche ökonomische Verdächtigung.

Manchmal, wenn wir einen Kredit nicht bekommen, einen Job, wenn wir in ein Land nicht einreisen dürfen, merken wir vielleicht gar nicht, dass es eine Datenentscheidung ist.

Was weiß Acxiom über mich, Herr Diepenbrock?

Carsten Diepenbrock ist aufgeschlossener als Google oder Facebook. Er brauche nur meine Adresse, dann könne er mir ein Mikroprofil schicken.

Mikrotyp Hauseinwertung steht über der ersten Folie, und: Acxiom Customer Insights Viewer.

"226 Urban Nonkonform". Das ist mein Cluster, erst mal nur grob, die 1.000 Haushalte um mich herum.

Aus dem Dossier erfahre ich, wie viel wir etwa verdienen (meist bis 1.000 Euro), dass wir bei Karstadt oder Tengelmann und Kaiser's einkaufen. Was wir lesen (Spiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau). Dass wir bei Großbanken Kunden sind. Was wir in der Freizeit machen ("Traumurlaub beinhaltet Abenteuer"), Joggen, Kino.

Dann wird es präziser, fünf Haushalte nur noch: Medientyp - Politik. Affinität Onlinebanking. Konsumverhalten. Gesundheit eher nachlässig, aber ängstlich.

Mein Herz schlägt ein wenig schneller, während ich mich durch die Seiten klicke, in meinem Bauch zieht sich etwas zusammen. Es sind nur Zahlen, Schätzungen, aber sie beschreiben mich ziemlich exakt. Meine Acxiom-Akte.

Keine Lebensversicherung, kein Wohneigentum. Homeentertainment. Haben die unsere Wii gesehen?

Wenn ich mir jetzt, fast einen Monat nachdem dieses blasse Gesicht Edward Snowdens auftauchte, überlege, wie sich die Acxiom-Akte mit meinen Facebook-Daten verbinden ließe, spüre ich eine Ohnmacht.

Facebook plus Acxiom - und irgendwann womöglich: plus Arvato. Und immer: plus NSA oder BND.

Was daran das Problem ist? Das Problem ist, dass es zu spät sein könnte, wenn wir es merken.

Sie können fast alles erfahren, wenn sie nur wollen. Und wir werden weiterhin nur ahnen, was sie wissen. Und wem sie etwas sagen - statt uns selbst.

Wir brauchen einen neuen Deal.

Es ist höchste Zeit, die Julie Brills dieser Welt zu unterstützen. Es ist höchste Zeit, digital mündiger zu werden.

Echt, jetzt!

Das ist der Snowden'sche Imperativ.

## Ein Hoch auf das Huhn

*Alle hacken auf den Hühnern herum. Dabei machen sie die Welt besser. Eine Lobrede*

Von Jan Grossarth, F.A.S., 18.11.2012

Das moderne Huhn ist umstritten. So wie etwa die Hells Angels, Assad oder das Betreuungsgeld. Es heißt, es sei überzüchtet. Von der Agroindustrie. Wegen des Profits. Die Leute sehnen sich nach ursprünglichen, glücklichen Hühnern.

Der grüne, schwarze, rote oder gelbe Bourgeois, wie auch alle anderen Menschen, geben sich zunehmend und allzu gern als Hühnerkritiker. Wer die Zeichen der Zeit erkannt hat, hackt auf dem Huhn herum. Die Grünen werden für die Abschaffung des Hightech-Huhns in den Wahlkampf ziehen. Das moderne Huhn wird geradezu als Teufelswerk beschrieben. Aber wie es glotzt und pickt und mit dem Köpfchen wackelt - würde der Teufel so etwas schaffen?

Dies ist die Verteidigung des Huhns. Das hochgezüchtete, hocheffiziente, niedergeschriebene Hochleistungshuhn, um das es hier geht, hat viel Schlechtes und viel Gutes. Es ist im Vergleich zu dem Ur-Huhn, das vor Jahrtausenden selbständig in den Urwäldern Asiens lebte, nicht nur arg degeneriert (schlecht!) und kurzlebig (schade!) geworden, sondern auch global (weil nämlich nützlich) und ressourcenschonend (gut!). Das Huhn weist insgesamt in die Zukunft. Ökonomische, biologische und theologische Argumente sind auf seiner Seite. Es ist günstig und wird, anders als das Schwein, auch von Muslimen mit großer Freud' gegessen.

Zum Hintergrund der Debatte: Vegetarierrgruppen und das Fernsehen zeigen seit einigen Jahren oft Ekelbilder von hässlichen Hühnern, Agrarpolitiker sprechen von systematischen Missständen und "Handlungsbedarf", in Niedersachsen flog eine Agrarministerin aus dem Amt, weil sie vorher in der Putenindustrie arbeitete und ihr Mann immer noch, ihr Nachfolger bemüht sich mit großem Elan und vielen Forschungsgruppen um Tierwohl und Amtserhalt. Die Hühnerkritiker haben richtige Argumente, aber viele

übertreiben arg. Schon predigt der Pfarrer den Fleischverzicht. All dies verändert die Branche: Auf der größten Fachmesse Eurotier feierte die Branche etwa in dieser Woche famose Umsätze - aber es herrschte zugleich merkwürdige Krisenstimmung. Es hieß, junge Agrarier bewürben sich nicht mehr so oft in der Tierindustrie, weil das Image dieser Berufe ungefähr dem der Henker entspreche. Es gibt kaum noch Bauern wegen der Technisierung, und ihre Lobby verliert in allen Parteien, auch der CDU, an Bedeutung. Ein "Großstadtprofil" der Union müsste ganz unbedingt auch Hühnerkritik enthalten.

Die Tierschutznovelle wird "Qualzuchten" verbieten - Tiere, die in Asien und Amerika weiter gemästet werden. Es könnte also so kommen wie mit den Billiglöhnern aus der Textilindustrie: gefertigt in Asien oder Osteuropa; aus den Augen, aus dem Sinn, und der deutsche Hühnerkritiker hätte seinen Seelenfrieden. Die amtlichen Verzehrzahlen zeigen die Doppelmoral: Etwa 900 000 Tonnen Huhn wurden 2011 in Deutschland geschlachtet. So viel wie nie - im Jahr der "Wiesenhof"-Skandale. Das war doppelt so viel wie noch zehn Jahre zuvor. Und dies geschah bei sinkendem Fleischverzehr insgesamt. Es klingt widersprüchlich, aber ist wahr: Mit Kritik an der Tierhaltung können Politiker bei genau den Wählern punkten, die deren Erzeugnisse jeden Mittag essen.

In der Welt aber wird sich das Hochleistungshuhn sehr wahrscheinlich durchbeißen. Wo Hunger herrscht, gibt es laut Marx ja nicht mal eine Doppelmoral. Das moderne Huhn wird sich von Berlin und Brüssel nicht aufhalten lassen. Es wird Rind und Schwein mit Leichtigkeit überflügeln. Ob wir wollen oder nicht. "Das Huhn wird alles übertrumpfen", sagt Paul Aho, der größte Hühnerökonom Amerikas.

Wir stellen das Huhn in Frage. Dabei ist es die Antwort. Es gibt moralische Argumente dafür. Es ist etwa von relativ schlichtem Gemüt, es wächst schnell und frisst nicht viel. Wie der dicke fette Pfannkuchen im Märchen gibt es sich her, um die Welt zu ernähren.

Schon in wenigen Jahren wird auf der Welt mehr Hühnerfleisch als Schweinefleisch gegessen werden, sehen die Vereinten Nationen voraus. Megawachstum in Asien und Afrika. Das Huhn ist, wie Zukunftsforscher sagen würden, ein globaler "Megatrend" (Matthias Horx). So wie die Urbanisierung oder "die Frau".

Das Huhn ist so günstig wegen einer Choreographie von Tierzucht-, Pharmaindustrie und Veterinären in den vergangenen 50 Jahren zu verdanken. Die Preise für Hühnerfleisch sind über Jahrzehnte fast konstant geblieben. Bei keinem Tier waren die Zuchtfortschritte so enorm. Der Futteraufwand Fleisch halbierte sich seit den sechziger Jahren, die Mastdauer auch. Das war möglich, weil das Huhn so eine kurze Generationenfolge hat - kaum zwei Monate. Es dauert also viel länger, ein "effizienteres" Schwein oder Rind zu züchten. Die beiden globalen Zuchtkonzerne Aviagen und Hendrix machten aus dem Huhn eine Chickenwings-Maschine. Und, ja: Ließe man ein modernes Fleischhuhn länger als vorgesehen leben, kippte es irgendwann um unter der Last seiner schnellwachsenden Brust. Es kann kein Tageslicht mehr ertragen. Andererseits könnten einige Millionen Menschen kein Huhn mehr essen, wäre es anders. Und auch Omas Suppenhuhn vor 50 Jahren war, Jahrhunderte domestiziert, wäre nicht mehr in der Lage, allein im Wald zu überleben; auch dieses: "entartet".

Geflügel war lang ein Luxusprodukt. In den notorisch fleischknappen Jahrhunderten von 1400 bis 1900 lag es zum Beispiel nur auf dem Teller der Superreichen. Das Huhn ist, verglichen mit Schwein und Rind, nicht klug, auch wenn es eine gewisse Sensibilität besitzt. Es kriegt nicht viel mit von seinem Ende im Schlachthof, anders als Schweine. Die vermutete Intelligenz eines Tieres ist für Menschen der wichtigste Grund dafür, vom Verzehr abzusehen oder eben nicht, ergab kürzlich eine Studie kanadischer Wissenschaftler. Zudem erweckt sein Antlitz wenig Mitgefühl. Der Studie nach verabscheut der Mensch Tiere, die sehr hässlich sind (wie zum Beispiel Koyote, Nacktmull, Katze) oder die sehr niedlich sind (wie Dalmatiner, Katze). Dafür verspeist er gern solche Tiere, die einen neutralen Wert annehmen (Katze oder eben: Huhn; nachzulesen im Fachheft "Appetite").

Das Huhn ist auch umweltfreundlich: Kein anderes Tier braucht so wenig Futter zum Großwerden. Gut 1,5 Kilo das Huhn, mehr als das Doppelte Schwein oder Rind. Für Tierfutter wird Soja aus Südamerika importiert. Das Huhn tut dem Regenwald gut. Seine Ökobilanz ist gut. 12 Prozent der täglich verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen eines Deutschen entfällt auf den Verzehr von einem Kilo Hühnerbrust und -schenkel - das ist weniger als für ein Kilo Schwein oder Rind.

Die Attacken auf das Wirtschaftsprodukt Huhn, das sich viele wilder, freier und natürlicher wünschen, sind vielleicht auch ein Spiegel des gewaltig wiederkehrenden

Konflikts um Zivilisation an sich. Über Arbeitsteilung, Technisierung, Globalisierung und Entfremdung. Selbstmitleid schwingt heimlich mit, wenn wir über das billige, entartete Massenhuhn schimpfen. Es ist eine Projektionsfläche. Auch unsere Büros: Massentierhaltung. Auch wir: nervös und hyperaktiv. Auch unsere Kinder: schnellwachsend, hochgezüchtet, Wirtschaftsprodukte.

Was hatte Gott mit den Hühnern vor? Schuf er sie als zum Glück befähigte Wesen? Heinrich Heines Gott, der ihm angeblich mal im Traum erschien, warf die Welt wie ein Saatkorn in den Kosmos. Heine aber sah im Traum, dass Hühner diese Saat aufpicken, bevor eine schöne Blume aus ihnen erblühen konnte (er nannte sie Kant oder Fichte). Dies ist vielleicht ein eher schwaches, aber auch ein Argument dafür, dass man sie - die Hühner - essen darf.

Ob das Hühneressen gut oder böse ist, war kürzlich auch Gegenstand einer wissenschaftlichen Tagung. Bei vegetarischer Kost im Tageslicht und Hirschbraten am Abend diskutierten führende Vertreter der akademischen Disziplin "Ernährungsethik" in Regensburg, was der Mensch überhaupt noch essen dürfe. Alle hatten andere Themen, aber kaum jemand sprach nicht vom Huhn. Der Anthropologe Gunther Hirschfelder etwa begann mit einem flammenden Plädoyer für das Huhn. Und zwar, weil es so genügsam ist und in jedem Haushalt einfach so mitleben kann "Es kann unter dem Küchentisch sitzen und picken, es kann sich im Garten fast allein ernähren." So sei es ein Anker in Krisenzeiten. Das hört man derzeit auch von Griechen, die sagen: Wir ziehen aufs Land zurück und werden die Krise schon überleben, bei euch in Deutschland wäre es anders, denn wir hier haben immer noch ein Suppenhuhn im Garten.

Das Huhn hat die ideale Größe. Es kann fast gänzlich gegessen werden (obgleich man hierzulande fast nur noch die Brust mag). Das Gewicht des Huhns - 1,5 Kilogramm - ist wie erfunden für Entwicklungsländer. Dort mangelt es an Kühlschränken. Wohin in Äthiopien mit sieben Achteln Rest-Rind? Vom Huhn aber bleibt nichts übrig.

In Regensburg also stritt man auch über die Unarten der modernen Hühnerwirtschaft. "Wie krass diese Handelsströme sind", kritisierte Matthias Tanzmann von "Brot für die Welt". "Wir müssen uns fragen: Wie viel Fleisch steht jedem zu?", forderte der Philosoph Harald Lemke und sagte: "Die vorherrschenden Strukturen machen es der

Bevölkerung leicht, sich im kapitalistischen Schlaraffenland wohl zu fühlen und sich ethisch ungut zu ernähren." Doch neben den Paternalisten, die den Leuten ihren Speiseplan diktieren möchten, sprachen Freunde der Freiheit. Und die gaben sich gleichsam als Freunde des Huhns. Der Bioland-Bauer Thomas Dosch, ein guter Hühnerhalter, äußerte, "dass das Thema nur deshalb hochgespielt wird, weil das Tier flauschig ist".

Das Huhn passt auch zu unserem Gesundheitswahn. Denn es ist fettarm und leicht verdaulich.

Früher feierte man es ungeniert: "Wohlig-lecker" schmecke es, warb noch vor den Wiesenhof-Skandalen das Informationsbüro Deutsches Geflügel, und die F.A.Z. sehnte 54 Jahre zuvor industrielle Produktionsstrukturen herbei: "Allerdings nimmt das Ei in seinen vielfältigen kulinarischen Erscheinungsformen bei uns noch längst nicht die prominente Stellung im Magenfahrplan ein, die ihm andere Völker zugestehen. Die Amerikaner führen auch hier wieder."

Das Huhn polarisiert. Dabei könnte es einen. Das Huhn ist so nahe am Tofu wie kein anderes Tier. Zumindest zeigten Marktstudien, dass viele Verbraucher Huhn nicht als Fleischmahlzeit wahrnehmen, sondern als Fleischersatz. Noch in diesem Sommer appellierte daher, um diesen in ihren Augen Pseudo-Vegetariern diesen Ungeist auszutreiben, die Veganerorganisation Peta: "Hühner, Enten und Truthähne sind kein Gemüse."

Es muss keinen Krieg geben. Es gibt einen Kompromiss. Er wackelt mit dem Köpfchen und sagt: "Gack, gack, gack".

## Mutter Staat

*Was früher "Vater Staat" war, ist heute eine vorsorgende Allmacht, die umverteilt, erzieht und mit 246 944 Vorschriften das Leben der Deutschen zu steuern versucht. Wie viel Staat erträgt der Bürger? Ein Tag im Leben einer deutschen Familie.*

Von Barbara Hardinghaus; Katrin Kuntz; Dialika Neufeld, DER SPIEGEL,  
18.03.2013

Der Staat ist schon wach, als bei Familie Wasle in Hamburg-Lokstedt der Wecker klingelt. Der Staat schläft nicht. Er fährt im Rettungswagen vorbei, der um 6.15 Uhr zu hören ist. Er leuchtet aus den Straßenlaternen, er sitzt in den Schlaglöchern in der Straße vor dem Haus.

Der Bürger zahlt, wenn er viel verdient, 42 Prozent Einkommensteuer in der Spitze, plus Reichensteuer, er arbeitet rund ein Drittel des Jahres für die Staatskasse. Kauft er ein, zahlt der Bürger Steuern. Bei allem, was er verdient und ausgibt, kassiert der Staat. 14 Bundessteuern gibt es, 7 Ländersteuern, 4 Gemeinschaftliche Steuern und unzählbare Gemeindesteuern. Hinzu kommen Gebühren und Beiträge.

Der Deutsche lebt in einem Land, in dem - gefühlt - alles geregelt ist: auf welcher Straßenseite er Rad fahren darf, wo er nackt sein darf, wo er seine Großmutter begräbt. Der Deutsche muss sein Leben einrichten zwischen 1660 Bundesgesetzen mit 163 290 Vorschriften und 2661 Rechtsverordnungen mit insgesamt 83 654 Vorschriften. Dazu: 3756 europäische Verordnungen und 901 Richtlinien. Wie Äpfel in den Supermarkt kommen dürfen, wie lang ein Kondom mindestens ist und wie das Material eines Traktorensitzes beschaffen sein muss, all das verfügt Brüssel.

Mit Regeln, Vorschriften und Gesetzen den Alltag bestimmen - das ist die eine Rolle des Staats. Mit dem Geld seiner Bürger herumhantieren - das ist die andere Rolle. In beidem ist der Staat heftiger Kritik ausgesetzt, "Geldverschwender" und "Moloch" sind die üblichen Vorwürfe.

Seit vor einigen Wochen ein Bericht im Auftrag des Familienministeriums zu dem Schluss kam, dass ein Großteil der jährlich 200 Milliarden Euro für die staatliche Familienförderung wenig Wirkung zeige, ist die Debatte neu entflammt darüber, was der Staat mit den Hunderten Milliarden Euro macht, die die Deutschen ihm über Steuern und Abgaben zukommen lassen.

Wie sozial muss der Staat sein, welchen Staat wollen die Deutschen - die Antwort auf diese Frage bestimmt die Wahlprogramme der Parteien und den kommenden Bundestagswahlkampf. Die Liberalen wollen den reduzierten Staat, die Grünen den ökologisch lenkenden Staat, die Sozialdemokraten den vorsorgenden Staat, die Linke will den allmächtigen Staat. Bei den Christdemokraten wollen die einen den progressiven Staat (von der Leyen & Co.) und die anderen den konservierenden Staat.

Der Deutsche gibt viel, was bekommt er? Was bekommt eine Familie mit vier Kindern, eine Familie wie die Wasles? Mutter Christiane, 48 Jahre alt, und Vater Tim, 41 Jahre alt, die Kinder Helena, Caspar, Pauline und Josephine, geboren 1997, 1999, 2001 und 2003.

Wie Familie Wasle wissen die meisten Deutschen nicht, wie engmaschig ihr Alltag von staatlicher Intervention durchzogen ist. In jeder Stunde eines Tages bestimmt der Staat mit, wie die Deutschen leben.

6.30 Uhr Das Bürgerleben der Wasles beginnt. Das Licht in der Küche geht an. Christiane Wasle deckt den Frühstückstisch. Sie stellt ein großes Glas Nutella, Erdnussbutter, Holundermarmelade auf den Tisch. Sie gießt Milch, 3,5 Prozent Fett, in eine Karaffe.

Der Boden, auf dem Milchkühe grasen, ist subventioniert. Je nach Bundesland erhält ein Landwirt 296 bis 367 Euro pro Hektar Land im Jahr. Bei manchen Bauern sind die Hälfte ihrer Einnahmen Steuergelder. Für die EU-Agrarförderung zahlen die Wasles jeden Tag 1,80 Euro. Auch im Dreikorn-Möhren-Brot von Bäcker Allwörden steckt also ihr Geld. Außerdem betanken die Bauern ihre Erntemaschinen mit vom Bund subventioniertem Agrardiesel.

Die Kinder setzen sich an den Tisch. Nur Caspar fehlt noch, der 13-jährige Sohn. Er duscht. Der Staat schreibt vor, dass das Wasser mit einem Mindestwasserdruck von 0,1

Megapascal aus dem Duschkopf kommen muss, bei 0,15 Liter Wasser pro Sekunde und mit einer Temperatur, die 60 Grad Celsius betragen soll. Sein Vater, Tim Wasle, ist auf Dienstreise, er arbeitet als IT-Fachmann für ein Telekommunikationsunternehmen.

6.40 Uhr Das Haus der Wasles ist hochgefahren: In der Einbauküche leuchten vier Strahler, das große Licht im Flur, neun Halogenlampen à 20 Watt über dem Küchentisch. Einmal im Monat bezahlen die Wasles für ihren Strom. Das Geld bleibt beim Stromanbieter, das denken die meisten. In Wirklichkeit gehen 50 Prozent an den Staat oder an staatlich geförderte Maßnahmen: ein Drittel als Umsatzsteuer, Stromsteuer und Konzessionsabgabe. Weitere 20 Prozent sind Sonderabgaben.

Da gibt es das Erneuerbare-Energien-Gesetz, da gibt es die Offshore-Umlage, die die Kosten des Anschlusses von Windkraftanlagen ausgleichen soll, und es gibt eine Abgabe für die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Hinzu kommen noch die Netzzugangskosten und der Stromtransport.

Für den Strom zahlen die Wasles nur 23,5 Prozent.

6.50 Uhr Josephine und Pauline packen ihre Schulranzen. Josephine hat einen Scout, darin stecken ein Matheheft A4 26 (16 Blatt), zwei Plastikordner A4, Patronen, Buntstifte. Alles im Ranzen ist genormt, sogar der Schulranzen selbst. Er hat die DIN 58124.

Die DIN legt fest, wie Schulranzen in Deutschland aussehen sollen: Mindestens 20 Prozent der sichtbaren Fläche müssen aus fluoreszierendem Material sein, 10 Prozent der Vorder- und Seitenflächen mit Reflektoren ausgestattet. Die Norm legt auch fest, dass sich das Gewicht auf dem Kinderrücken gut verteilen muss und die Oberfläche regenabweisend ist.

Die Normen bestimmen nicht nur die Schulsachen von Josephine, sie formen ein ganzes Land. Das Deutsche Institut für Normung wurde 1917 auf Initiative des Staats gegründet, inzwischen ist es ein gemeinnütziger Verein, den auch der Staat mitfinanziert. Es gibt Normen für Rettungswagen und Gewürze, für Mundduschen und Grillkohle. Für Klobrillen und Luftballons. Die Norm bringt Ordnung, Verlässlichkeit und Qualität. Sie sorgt dafür, dass die Glühbirne in die Fassung passt und der Stecker in die Dose und der Bürger in sein Leben.

7.00 Uhr Das erste Kind geht aus dem Haus, Pauline, die Elfjährige. Sie nimmt den 181er-Bus, der sie auf staatlich gebauten Straßen zur U-Bahn-Station bringt. Pauline zeigt ihre Schüler-Monatskarte. Sie kostet 30,10 Euro im Monat. Pauline ist das dritte Kind in der Familie, sie zahlt weniger. Ab dem zweiten Kind ist die Karte ermäßigt.

Der Hamburger Verkehrsverbund macht, wie die meisten Nahverkehrsträger, Minus. Damit die Fahrpreise trotzdem niedrig bleiben, zahlt der Staat dazu, 32 Prozent der Gesamteinnahmen des Unternehmens.

7.47 Uhr Christiane Wasle räumt die Küche auf, über die Terrasse läuft eine braune Katze. Katzen kosten nichts. Ein Hund bringt der Stadt 90 Euro im Jahr, ein gefährlicher Hund 600. Laut Hamburger Hundegesetz gelten Pitbull-Terrier, American-Staffordshire-Terrier oder der Kaukasische Owtscharka als gefährlich. Hunde aus dem Tierheim sind steuerermäßigt, Hunde von Sozialhilfeempfängern und Schwerbehinderten sind ganz befreit.

8.50 Uhr Bevor Helena aus dem Haus geht, putzt sie noch schnell die Zähne, mit einer Zahnbürste, die nach der Norm DIN EN ISO 20126 eine Büschelauszugskraftprüfung bestanden hat. Das Wasser, mit dem sie den Mund ausspült, stammt vom Unternehmen Hamburg Wasser. Es gehört, wie die meisten Wasserwerke in Deutschland, zu 100 Prozent der Kommune. In Deutschland gilt Wasser als öffentliches Gut.

Vieles, was der Staat macht, kontrolliert und beeinflusst, ist zum Wohl seiner Bürger, es ist das Gegengeschäft zu den Steuern, die der Bürger zahlt. Wasser, Straßen, Schulen, Justiz, Polizei - der Staat liefert Sicherheit und Ordnung. Wie viel er liefert und wie viele Steuern und Abgaben er dafür nimmt, das wird seit Jahrhunderten zwischen Staat und Bürgern verhandelt.

Ende der Achtziger beispielsweise begann in Deutschland der vorsichtige Rückzug des Staats aus der Telekommunikation, der Post und der Energieversorgung, auch Krankenhäuser wurden privatisiert, und die Ladenöffnungszeiten wurden den Besitzern überlassen.

Gerade diskutieren die EU-Parlamentarier über eine Liberalisierung der Wasserversorgung. Dann könnten auch private Unternehmen einsteigen, Konzerne wie Nestlé. Es gäbe Konkurrenz, Preise und Qualität würden schwanken. Dagegen wehren sich Bürger. Eine Initiative sammelte weit über eine Million Unterschriften gegen den Vorschlag,

auch mit Hilfe von Facebook und Twitter. Die Initiative könnte die erste erfolgreiche Bürgerinitiative auf EU-Ebene werden.

Immer mal wieder trotzen Bürger einem zu mächtigen Staat, in der Vergangenheit, als er ihnen die Atomkraft aufzwingen wollte, oder heutzutage, wenn er die Freiheit im Internet einschränken will. Ökologische Bürgerinitiativen oder die Piratenpartei sind Versuche der Bürger, sich dem Staat zu widersetzen, die Occupy-Bewegung will dagegen mehr staatlichen Einfluss zur Kontrolle der Banken.

9.05 Uhr Zwei Eichhörnchen klettern durch die Bäume in Christiane Wasles Garten. Das Eichhörnchen, *Sciurus vulgaris* Linnaeus, ist in Deutschland besonders geschützt. Es unterliegt Anlage 1 der Bundesartenschutzverordnung. Christiane Wasle dürfte dem Eichhörnchen keine Fallen stellen, sie dürfte es nicht einmal "beunruhigen", es durch Lärm stören. Ratten oder Mäuse dürfte sie "beunruhigen".

9.30 Uhr Christiane Wasle macht Sport, Fitness im Turnverein Lokstedt. Die Turnhalle liegt in der Nähe, 300 Meter entfernt. Die Kinder gehen auch zum Turnen oder zum Taekwondo. Der Sport im Verein kostet die Familie 672 Euro im Jahr, das sind 1,84 Euro am Tag, 31 Cent pro Tag und Person. Das ist neunmal so viel, wie die Stadt für jedes Mitglied an die Vereine zahlt, 3,4 Cent am Tag.

Die Jugendmusikschule, in der Helena und Pauline zweimal in der Woche singen, fördert die Stadt mit 2,29 Euro pro Tag und Schüler. In der Hierarchie der "guten Freizeitbeschäftigungen" liegt die Musik vor dem Sport. Der Senat sagt nicht nur: Ich weiß, was gut für dich ist. Er sagt auch: Ich weiß, was besser für dich ist.

Der Staat sagt auch: Vorsicht, Glücksspiel! Einerseits verdient er mit seinen Lotterien. Andererseits will er den Bürger vor dem Spiel und vor sich selbst schützen. Im Glücksspielstaatsvertrag verpflichten sich die Länder, den "natürlichen Spieltrieb der Bevölkerung in geordnete und überwachte Bahnen zu lenken".

Das Ziel ist der optimale Bürger. Um den zu erschaffen, hat sich der Staat über Jahrzehnte einen Werkzeugkasten zugelegt, gefüllt mit feinen Instrumenten, die ihm ein unauffälliges Eingreifen in das Leben des Einzelnen ermöglichen: steuerliche Anreize, Subventionen, Appelle. Aber auch Zwang und Strafe gehören dazu.

10.30 Uhr Auf dem Rückweg vom Sport ist Christiane Wasle zu Fuß über die Emil-Andresen-Straße gelaufen. Die Junge Union im Bezirk hat in dieser Straße schon Golf gespielt, als Protest gegen die Schlaglöcher im Asphalt. Die Straße wird seit einiger Zeit repariert. 8,82 Euro pro Einwohner gab die Stadt 2012 für die Sanierung der Straßen aus, zweieinhalb Cent am Tag.

Für die Arbeiten in der Straße sollten ursprünglich 30 alte Spitz-Ahorne gefällt werden, aber eine Bürgerinitiative sammelte 8000 Unterschriften und startete ein Bürgerbegehren. Die alten Spitz-Ahorne wurden nicht gefällt, nur neun jüngere Bäume, ein Kompromiss zwischen Bürgern und Verwaltung. Es gibt einen Spielraum für den Bürger, er kann sich einbringen in die Gestaltung seiner Stadt, wenn er laut genug ist.

Rund 30 Verordnungen muss ein Bürger beachten, der in Hamburg baut. Darunter fallen die GarVO, die "Garagenverordnung", oder die ÜTVO, die "Verordnung über die Überwachung von Tätigkeiten mit Bauprodukten und bei Bauarten".

Zäune dürfen im Vorgarten nicht höher sein als 1,50 Meter.

Treppen brauchen in Deutschland einen festen und griffsicheren Handlauf. Treppen brauchen in Deutschland auch ein Geländer, auf beiden Seiten, mindestens 90 Zentimeter hoch. Das Geländer im Haus der Wasles ist höher, 92 Zentimeter.

Als die Wasles in ihr Haus zogen, mussten sie eine Buche fällen. Dafür brauchten sie eine Genehmigung. Wenn ein Eigentümer einen Baum fällen will, der eine Gefahr darstellt, braucht er eine Ausnahmegenehmigung für 175 Euro. Umgekehrt kann die Behörde den Bürger anweisen, den Baum fällen zu lassen, die Kosten trägt er selbst. Der Bürger hat keine Wahl. Acht Wegewarte sind im Bezirk unterwegs und prüfen den Baumbestand.

354 000 Euro zahlten die Wasles damals für ihr Haus, für 113,62 Quadratmeter Wohnfläche und 446 Quadratmeter Grundstück. Die Familie bezog jahrelang Eigenheimzulage, ein Prozent der Anschaffungskosten, jährlich höchstens 1250 Euro plus 800 Euro für jedes Kind. Mit der Eigenheimzulage wollte der Staat erreichen, dass seine Bürger mehr Immobilien kaufen. Mittlerweile ist die Eigenheimzulage abgeschafft.

Es gibt andere Programme, die Arbeitnehmersparzulage, die Wohnungsbauprämie, die Eigenheim-Rente, den Wohn-Riester. Im Gegenzug muss jeder neue Eigentümer aber eine Grunderwerbsteuer zahlen, bei den Wasles waren es immerhin rund 12 000 Euro.

Eigentum wird finanziell gefördert, weil es weit mehr ist als bloß ein Haus, eine Wohnung oder ein Garten. Eigentum stellt eine langfristige Verbindung des Bürgers zu seinem Staat her, das jedenfalls ist ein Ziel. Eigentum geht mit Rechten einher - und mit Pflichten.

Eigentum sei "das heiligste von allen Bürgerrechten, in gewissen Beziehungen noch wichtiger als die Freiheit selbst". So sah es Jean-Jacques Rousseau, ein Wegbereiter der Französischen Revolution. In Deutschland liegt die Quote des Wohneigentums, also der Anteil der Bewohner mit Immobilien, bei knapp 46 Prozent. Das ist nicht viel im europäischen Vergleich, in Spanien und Norwegen zum Beispiel sind es mehr als 80 Prozent.

Mit dem Kauf einer Immobilie erhofft sich der Bürger mehr Unabhängigkeit, aber der Staat zieht mit ein.

11.05 Uhr Christiane Wasle fährt in einem versicherten, besteuerten und durch den TÜV überwachten Multivan T5 zum Einkaufen. Im Kofferraum liegen ein Warndreieck und ein Verbandskasten. Sie fährt mit Winterreifen, auch die sind Pflicht. Mit einer Mindestprofiltiefe von 1,6 Millimetern ist sie auf dem Weg zu Kaufland im Nedderfeld Center.

In den Einkaufswagen legt sie 500 Gramm Tafeltrauben hell, kernlos, Bio-Bananen, Zottarella Basilikum "ohne Gentechnik", Putenschnitzel abgepackt, Joghurt. An der Kasse zahlt sie 51,05 Euro, 3,34 Euro sind davon Mehrwertsteuer, sieben Prozent.

Die Mehrwertsteuer ist die wichtigste Einnahmequelle des Staats, sie beträgt rund ein Drittel der Gesamteinnahmen. Ursprünglich war das mal so gedacht: Auf Waren und Dienstleistungen sollte der Bürger 19 Prozent zahlen, für Güter des "lebensnotwendigen Bedarfs" galt ein ermäßigter Satz von 7 Prozent. Auch arme Bürger sollten sie kaufen können. Mittlerweile versteht die Logik keiner mehr: Trüffel sind mit 7 Prozent besteuert, Trüffel in Essig eingelegt mit 19 Prozent; püriertes Obst ist ermäßigt, gepresstes Obst nicht; Milch ist ermäßigt, Sojamilch nicht.

Das deutsche Steuerrecht ist so kompliziert, weil der Staat den Auftrag hat, den Zustand der Gerechtigkeit zu erreichen. Er soll sich diesem Zustand zumindest annähern. Das Ideal ist nur um den Preis zu haben, dass jede Regel eine Ausnahme zulässt. Wird die Mehrwertsteuer allgemein auf 19 Prozent festgesetzt, muss es dennoch möglich sein, Bücher mit nur 7 Prozent Aufschlag zu verkaufen. Die Ausnahme von der Regel zieht die Ausnahme von der Ausnahme nach sich, sobald die Gerechtigkeit weiter verfeinert wird. Immer mehr Paragraphen kommen hinzu, so dass der Bürger schließlich vor dem verworrenen Werk kapituliert.

Der Bürger ist jetzt noch mehr Untertan, als er es war, bevor der Staat versuchte, gerecht zu sein. Der Bürger kann einen Experten bezahlen, einen Steuerberater, der nach Regelungslücken sucht und sich am Staat, dem Wächter der Gerechtigkeit, vorbeischiebt. So ist aus dem Untertan ein Trickser geworden, der das Abendessen mit Freunden als Werbungskosten abzurechnen versucht und das MacBook für die Tochter als Arbeitsgerät.

12.39 Uhr Christiane Wasle zeigt ein Album mit Familienbildern. Herr und Frau Wasle lernten sich auf einer Weihnachtsfeier kennen. Am 5. April 1997 heirateten sie, sie heirateten auch den Staat. Die Ehe ist die Lebensform, die der Staat am meisten unterstützt, jährlich 200 Milliarden Euro lässt er sich die Familienförderung kosten. Mit Kindergeld, Kinderfreibetrag, Ehegattensplitting, Elterngeld und Betreuungsgeld versucht der Staat, das Fortpflanzungsverhalten der Deutschen zu stimulieren, oft mit wenig Erfolg. Bei den Wasles hatte er Erfolg.

13.22 Uhr Im Haus an der Emil-Andresen-Straße ist das Essen fertig. Die Familie spricht ein Tischgebet. Kirchensteuer: 156 Euro im Jahr, 43 Cent am Tag.

Nach dem Essen räumt Christiane Wasle die Küche auf, sie stellt das Radio an. Rundfunkgebühren: 59 Cent am Tag. Seit Anfang des Jahres zieht die GEZ, die jetzt Beitragsservice heißt, die Gebühren nicht mehr pro angemeldetem Gerät ein, sondern pro Haushalt. Das beschlossen die Bundesländer durch den Rundfunkbeitragsstaatsvertrag.

Der Staat kann machen, was er will. Essen erhebt unter anderem eine "Passanten-Befragungsteuer" (34 Euro pro Interviewer und Tag) oder eine "Friedhofsteuer", eine Standgebühr für Grabschmuck (3,80 Euro pro Tag und Quadratmeter). In Fürth zahlt der

Bürger für die Benutzung von Luft, wenn er zum Beispiel einen Automaten aufstellt, der weiter als 15 Zentimeter in den Raum ragt ("Luftsteuer").

Noch nie haben die Deutschen ihrem Staat so viel Geld abgetreten wie im vergangenen Jahr, 600 Milliarden Euro allein über Steuern. Insgesamt jonglierten die öffentlichen Haushalte mit mehr als einer Billion Euro.

Über die gigantische Umwälzpumpe der Finanzen will der Staat gleichzeitig den eigenen Apparat finanzieren und die öffentliche Infrastruktur, er will Konjunkturpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik und Sozialpolitik betreiben, durch Umverteilung für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Was unter Reichskanzler Otto von Bismarck als Sozialstaat für Alte und Kranke entwickelt wurde, ist im Laufe der Jahrzehnte - besonders nach dem Zweiten Weltkrieg - zu einem umsorgenden Wohlfahrtsstaat geworden, der nicht mehr nur Not lindern, sondern das Entstehen von Not verhindern soll.

Der Staat muss die Mängel eines Wirtschaftssystems kompensieren, das dynamisch und krisenanfällig ist und sozial polarisiert wie kein anderes zuvor. Indem der Staat sich immer tiefer einmischt in die Gesellschaft und Ungerechtigkeiten zu beseitigen versucht, schafft er neue Ungerechtigkeiten, die wiederum neue Regelungen erfordern. Das Hauptproblem des Sozialstaats ist inzwischen das Geld, das er braucht, um den von ihm selbst geschaffenen Ansprüchen gerecht zu werden. Trotz der höchsten Steuereinnahmen der Geschichte ist die Staatsverschuldung so hoch wie nie, und die Höhe der Zinszahlungen verkleinert fortwährend den Spielraum für Sozialleistungen und staatliche Investitionen.

14.06 Uhr Christiane Wasle stellt die leere Pfanne in die Spüle. 107 Liter Wasser verbraucht der Hamburger am Tag, er duscht, putzt, trinkt, spült für 40 Cent am Tag. Er zahlt auch eine Niederschlagswassergebühr. Wie hoch die ist, hängt davon ab, ob die Oberfläche auf seinem Grundstück "vollversiegelt" (Asphalt, Beton, Platten) oder "teilversiegelt" ist (Rasengittersteine, Sickersteine, Tartan). Ist sie "unversiegelt" (Kies, Sand, Schotterrasen), zahlt er nichts. Für die Wasles bedeutet das: je größer ihre Terrasse, desto höher die Gebühr.

15.52 Uhr Christiane Wasle arbeitet in einem Kinderladen in Eimsbüttel, sie gibt einen Kurs und macht naturwissenschaftliche Experimente mit Kindern. Es geht um die Dichte von Flüssigkeiten. Dafür hat sie leere Wurstgläser mitgebracht, in die Kinder aus dem Kurs

Wasser, Sirup und Öl gegossen haben. Das sind ihre Arbeitsmaterialien, alle steuerlich absetzbar. Außerdem kann Christiane Wasle Arbeitsmaterialien wie ihren Drucker, das Telefon, den Heftklammerer auf ihrem Schreibtisch absetzen.

Mit den Kursen verdient sie in 50 Minuten 50 Euro, zusätzlich muss sie die Kurse vor- und nachbereiten. Sie arbeitet 15 Stunden in der Woche, manchmal weniger. Lohnt sich das finanziell? "Nein", sagt Christiane Wasle, im Jahr 2011 hat sie sogar ein Minus gemacht. Aber weil ihr Mann deutlich mehr verdient, können sie das Ehegattensplitting optimal nutzen.

19.02 Uhr Christiane Wasle deckt den Tisch: Wasser, aufgebackene Brezeln, Obst, zwei Schüsseln mit Karotten und Gurken, kleingeschnitten. Tim Wasle ist noch unterwegs. Auch nicht zu sehen, aber anwesend am Tisch: der Staat.

Die Brezeln sind aus Mehl, Wasser und Salz, E 471 ist darin, E 322 und E 412, drei von rund 320 Zusatzstoffen, die in der EU auf den Teller dürfen. Der Staat entscheidet, welche Stoffe dem Körper eines Bürgers zumutbar sind und in welcher Menge. Er regelt, wie viele Pestizide er vertragen kann, wie viel Nitrat, Chrom oder Kupfer in seinem Trinkwasser sein darf. Die Trinkwasserverordnung in Deutschland ist in weiten Teilen strenger als die Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation.

Für die zehn Obst- und Gemüsearten, die in Europa am häufigsten verkauft werden, schreibt die EU Regeln für die Kennzeichnung vor: Ein Apfel der Sorte Elise muss auf 75 Prozent seiner Fläche eine rote Färbung haben, dann ist er Extraklasse. Die weiße Stelle am Ende einer Erdbeere darf ein Zehntel der Fruchtoberfläche bedecken, Klasse I. Die vernarbten Risse einer Tomate dürfen drei Zentimeter lang sein, dann ist sie noch Klasse II.

19.41 Uhr Die Wasles sehen fern. Josephine will Kika gucken, Pauline und Helena wünschen sich "Galileo". Wenn Christiane Wasle fernsieht, schaltet sie meist öffentlich-rechtliche Sender ein, ARD, ZDF, NDR. Sie mag die "Lindenstraße", den "Tatort".

Sie geht auch manchmal ins Kino. Der deutsche Film wurde im vergangenen Jahr mit 344 Millionen Euro gefördert, 101,27 Millionen Euro kamen aus dem Etat des Kulturstatsministers. Sein Haus lässt bei jedem Stoff einen "kulturellen Eigenschaftstest" machen. Will ein Produzent staatliche Fördergelder, muss sein Film in diesem Test mindestens 48 Punkte erreichen. Der Staat vergibt sie für Dreharbeiten oder

Studioaufnahmen in Deutschland (maximal 12 Punkte), für Musikaufnahmen, die zu 100 Prozent in Deutschland stattfinden (2 Punkte), und auch, wenn ein "deutscher Star" mitspielt (4 Punkte).

20.45 Uhr Caspar geht ins Bad, er setzt seine Zahnklammer ein. Welchem Bürger eine solche Klammer finanziert wird, ist im Sozialgesetzbuch geregelt.

Das Sozialgesetzbuch umfasst zwölf Teile, ist inzwischen in der 41. Auflage erschienen, hat als Taschenbuch 1696 Seiten. Der Sozialstaat, der ursprünglich wenigen Menschen für kurze Zeit helfen sollte, hilft jetzt fast allen.

Caspars Kiefer hat von seiner Kieferorthopädin die Kennzeichnung T 3 / D 4 bekommen. Seine oberen Schneidezähne ragen über die unteren. Sie stehen ein wenig nach vorn. Das Sozialsystem übernimmt einen Großteil der Kosten, wenn die Lücke zwischen oberen und unteren Schneidezähnen beim Zubeißen mindestens 6,1 Millimeter groß ist. Bei Caspar ist das so.

21.08 Uhr Christiane Wasle dreht ihre Gute-Nacht-Runde durch die Kinderzimmer und lässt die Rollläden im Erdgeschoss runter. Sie klappt den Laptop auf und checkt E-Mails.

Christiane Wasle sieht in ihrem Posteingang, dass ihr Mann seinen Rückflug für den nächsten Tag bestätigt hat, Frankfurt am Main-Hamburg, Airbus A321, LH 024, Lufthansa. Die Steuerbefreiung von Flugbenzin auf Inlandsflügen gehört zu den 20 größten Steuervergünstigungen in Deutschland. Im vorigen Jahr umfasste sie 680 Millionen Euro.

31,2 Milliarden Euro hat der Staat im vergangenen Jahr an Subventionen aufgewendet. 5,8 Milliarden Euro davon flossen als direkte Finanzhilfen, 25,4 Milliarden Euro waren Steuervergünstigungen.

Die Wasles konnten im Jahr 2012 zum Beispiel von der ermäßigten Umsatzsteuer auf Kulturveranstaltungen (4,085 Milliarden Euro) oder Bustickets (940 Millionen Euro) profitieren.

Der Staat versteht sich als ein großer Umverteiler. Anfang März präsentierte die Ministerin Ursula von der Leyen den Armuts- und Reichtumsbericht, der etwas dokumentiert, was der Staat begrenzen will: die soziale Schere.

Der deutsche Staat ist ein Advokat der Mitte, er ruht auf den Einkommen der Mittelschicht und Oberschicht, er beschenkt die Mittelschicht, er bevorzugt Mittelschichtler.

Wer zwischen 1700 und 3600 Euro netto verdient, kommt im Monat - durchschnittlich betrachtet - in den Genuss von mehr als 900 Euro vom Staat. Wer weniger verdient, bekommt nur 700 Euro. An das ärmste Fünftel der Deutschen gehen 17,4 Prozent der staatlichen Transferzahlungen, so wenig wie in kaum einem anderen Land: In den USA erhält dieser Bevölkerungsteil 24,8 Prozent, in Großbritannien 31,4 Prozent und in Australien 41,5 Prozent.

21.34 Uhr Christiane Wasle trinkt ein Glas australischen Weißwein. Auf Branntwein, Schaumwein und Alkopops erhebt der Staat eine Extrasteuer. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als wollte der Staat den Bürger abhalten, viel Alkohol zu trinken, er soll gesund bleiben.

Eine andere Sichtweise ist: Der Staat sucht sich die Stellen, an denen der Bürger schwach ist, wo er die größten Laster hat, und besteuert sie. Je mehr der Bürger trinkt und raucht, desto reicher macht es den Staat.

23.30 Uhr Christiane Wasle schaltet das Licht aus. Es wird still im Haus. Der Bürger schläft. In Berlin läuft die Schuldenuhr vom Bund der Steuerzahler weiter, die Schulden wachsen, im Schnitt um 870 Euro in der Sekunde. Die Gesamtschuldenshöhe: mehr als 2000 Milliarden Euro.

Der Staat hat sich und dem Bürger ein Leben eingerichtet, das er sich nicht leisten kann. Die Staatsquote in Deutschland ist gestiegen, sie ergibt sich aus dem Verhältnis von Staatsausgaben zur Wirtschaftsleistung des Landes, sie beschreibt, wie viel Prozent des Bruttoinlandsprodukts vom Staat kontrolliert werden. Je höher die Staatsquote desto geringer die Freiheit des Einzelnen, sagen Kritiker. Je größer die sozialen Leistungen des Staats, sagen andere Kritiker, desto größer die Freiheit in der Gesellschaft. Denn nur wenn der Bürger frei sei vor materieller Not, könne er seine Freiheit ausleben.

Helmut Kohl pflegte zu sagen: "Bei einer Staatsquote von 50 beginnt der Sozialismus." In seiner Kanzlerzeit stieg die Staatsquote allerdings bis 55 Prozent, unter Gerhard Schröder fiel sie dann - durch Steuersenkungen - auf 45 Prozent. Inzwischen war

sie wieder, wegen der staatlichen Programme zur Abschwächung der Finanzkrise, auf über 48 Prozent gestiegen.

5.00 Uhr Die Spülmaschine springt an, Christiane Wasle hat sie so programmiert, draußen singt eine Amsel.

Um 5.37 Uhr biegt der Zeitungsbote mit seinem Moped in die Emil-Andresen-Straße ein. In seinem Anhänger liegen "Süddeutsche Zeitung", "Hamburger Abendblatt", "FAZ", "Frankfurter Rundschau", "Zeit", "Welt" und "Welt kompakt". Der Bote trägt einen Helm und eine neongelbe Sicherheitsweste. Er bezieht Nachtzuschlag, der ist steuerfrei. Die Befreiung von Schichtzuschlägen war die dritthöchste staatliche Subvention im Jahr 2012.

Der Bürger bekommt Geld, wenn er nachts arbeitet. Er bekommt Geld, wenn er Landwirt ist, wenn er Kinder hat, ein Haus baut. Wenn er heiratet und ein Ehepartner weniger verdient. Wenn er Sport macht, wenn er in die Oper geht und in die Volkshochschule.

Der perfekte Bürger ist ein Bauer, der nachts arbeitet und tagsüber mit dem Bus in den Turnverein fährt. Die Wasles sind gute Bürger, weil sie vier Kinder haben. Sie zahlen am Tag rund 36 Euro Lohnsteuer, hinzu kommen indirekte Steuern, also zum Beispiel die Mehrwertsteuer. Im Gegenzug profitiert jeder Hamburger täglich von staatlichen Leistungen in Höhe von 27,07 Euro, für eine sechsköpfige Familie wie die Wasles sind das 162,42 Euro.

Der Staat gibt das Geld von reichen Singles aus, um das Familienleben der Wasles zu finanzieren. Christiane Wasle findet das, natürlich, wunderbar. "Wir haben Familienförderung aller Art bekommen, wir sind bereit, unseren Beitrag zum Sozialstaat zu leisten."

Die meisten Deutschen sind einverstanden mit dem Staat, der ihnen nimmt, um andere glücklich zu machen. Bei Umfragen fordert eine deutliche Mehrheit sogar, den Anteil, den der Staat sozial umverteilt, zu erhöhen, sie verstehen auch, wenn sie selbst mehr abgeben sollen. Dieses Denken ist bei Menschen mit überdurchschnittlichem Einkommen ausgeprägter als bei Menschen mit durchschnittlichem Einkommen.

Und das, obwohl Staatskritiker gern darauf verweisen, dass in internationalen Vergleichsstudien kein Zusammenhang zu erkennen ist zwischen der Staatsquote und der Lebensqualität: Die erhöht sich nicht, wenn der Staat mehr umverteilt; und wenn Staaten Ausgaben stark reduzieren, sinkt dadurch nicht die in Indizes messbare Lebensqualität.

Dänemark (59,6 Prozent) und Frankreich (56,3 Prozent) haben eine deutlich höhere Staatsquote, die USA (40,4 Prozent) und Japan (42,8 Prozent) eine deutlich geringere. 1950 lag die Staatsquote in Deutschland bei 30 Prozent, im Laufe der Jahrzehnte haben sich viele Deutsche an einen Staat gewöhnt, der von ihnen nimmt, um sie zu umsorgen. Inzwischen finanzieren 40 Prozent der Wahlberechtigten ihren Lebensunterhalt überwiegend aus staatlichen Zuwendungen.

Das Verhältnis zum Staat gehört zur gewachsenen kulturellen Identität eines Volks. Der französische Staat privilegiert Familien mit Kindern noch mehr als der deutsche. Der amerikanische Staat mischt sich noch mehr als der deutsche in das Privatleben seiner Bürger ein, begrenzt die Höchstgeschwindigkeit auf den Freeways, schreibt die Gesamtschule als Regelschule vor, regelt mit strengeren Gesetzen den Verkauf und Konsum von Alkohol. Einzelne Bundesstaaten untersagen den Amerikanern Fellatio und Analsex.

Die Stadt New York ist dabei, den Verkauf von Softdrinks in Bechern mit mehr als einem halben Liter zu verbieten, um seine Bürger zu verschlanken. Darf oder muss ein Staat seine Bürger vor der Freiheit schützen, sich zu schaden?

Der Staat als große Umwälzpumpe von Geld, daran haben sich die Deutschen gewöhnt; der Staat als allmächtige Nanny, die das Leben normiert, dagegen wird zunehmend gemurrt. Der Wutbürger, der überall im Land gegen Mutter Staat aufsteht, schafft sich ein Ventil, er beschwert sich - so eine Studie - über "Scheindemokratie", er ist überwiegend männlich, wohlhabend und über 60 Jahre alt.

Der Staat lässt ihn nicht in Ruhe, er will, dass sich seine Bürger anders ernähren, bis zum Jahr 2020 soll - sein nächstes Projekt - ein Ernährungsprogramm dafür sorgen, dass die Deutschen mehr Obst und Gemüse essen. Und die Grünen ziehen mit einer neuen Steuer in den Wahlkampf, der Plastiktütensteuer.

6.20 Uhr Der Wecker klingelt. NDR Kultur spielt Herbert Grönemeyer, "Mensch".

Christiane Wasle schlägt die Bettdecke zurück, im Kopfkissen stecken Gänsefedern. EU-Richtlinie: Gänse dürfen Federn nicht bei lebendigem Leib von der Haut gerupft werden, außer in der Mauser. Christiane Wasle geht sechs Schritte zur Tür, schaltet das Licht an, läuft 15 Stufen hinunter ins Bad. Gleich wird sie die Kinder wecken.

## Links. Rechts. Halt. Zurück.

*Im Netz gibt es alles für jeden - immer und überall. Und vor allem gibt es Transparenz, Grenzenlosigkeit und Freiheit. So denkt man sich das. Bis uns die Maschine unsere Grenzen aufzeigt*

Von Miriam Meckel, Süddeutsche Zeitung, 03.11.2012

Sie steht immer offen, die Pforte der Suchmaschine Google. Sie führt uns vermeintlich direkt ins Reich der grenzenlosen Information. Vermeintlich. Tatsächlich gibt es viele Grenzen und Schranken und auch viel Unauffindbares, wenn wir Google ins Netz gehen. Von alledem sehen und wissen wir fast nichts.

Der Google-Weg ins Netz ist ein Gang durch unsichtbare Schlagbäume, die man nur sehr kenntnis- und trickreich überwinden kann, so wie es der Autor Roberto Bolaño in einer Geschichte aus dem "Geheimnis des Bösen" erzählt. Da hat der Junge Laurato eine Methode entwickelt, mit der er sich automatischen Türen nähert, ohne dass sie sich öffnen. "Wenn Gott allgegenwärtig wäre, sollten automatische Türen immer offen sein." Laurato will den Beweis liefern, dass er die Automatik und so auch den allgegenwärtigen, allwissenden Gott überlisten kann. Und das gelingt. Er nähert sich in Zeitlupenbewegungen einer automatischen Tür, und irgendwann steht er vor dem Glas, außerhalb der Reichweite der Sensoren, die ihn doch längst hätten erfassen sollen, und legt seine Hände an die Scheiben, um zu spüren, dass da etwas ist. Ein Widerstand. Der Beweis, dass offene Türen nicht gottgegeben sind.

Tatsächlich sind auch an der Google-Pforte eine Menge Sensoren angebracht, die im Moment des Übertritts unsere Profile prüfen, sie anhand des erneuten Eintritts erweitern und anpassen, die uns im Netz verfolgen, um uns schließlich die Informationen zu liefern, die zu uns passen. Wir werden also für uns selbst unsichtbar, ungefragt und ohne unser Entscheiden zu einem Informationsreservoir geführt, das die Google-Algorithmen für uns ausgewählt haben. Vielleicht würden wir anders entscheiden, wenn wir könnten. Wir können aber nicht.

Die neue Freiheitsgrenze im Netz heißt "Default". Sie bezeichnet die Standardeinstellung unseres Eintritts ins Internet. Da gibt es den Suchstandard, der sich in einem Marktanteil von knapp 96 Prozent für Google in Deutschland zeigt. Da gibt es Vernetzungsstandards, die im weltweiten Siegeszug von Facebook und dem Verschwinden alternativer Plattformen, wie Myspace oder StudiVZ, liegen. Wir lassen uns faszinieren von einem proprietären Standard, den Apple uns aufgibt und der es beispielsweise nicht einmal erlaubt, ein iPad und ein anderes Smartphone per Bluetooth zu koppeln. Was nicht dem Standard entspricht, wird schlicht "nicht unterstützt". Es gibt einen Zustimmungsstandard, der sich im Symbol eines hochgereckten Daumens manifestiert: "like". Und es gibt den Personalisierungsstandard: Ich bin meine eigene Grenze bei der Entdeckung von Neuem.

Manche Erfahrung kommt da der virtuellen Freiheitsberaubung gleich, und sei es nur beim Einkaufen im Netz. Das merkt nur der Käufer, der beispielsweise Musik oder TV-Serien bei iTunes kaufen möchte, die es im deutschen System nicht gibt. Hat der Käufer einmal den Store gewechselt, behandelt iTunes ihn so, als würde er in einem Laden eingeschlossen, so lange, bis er alles Geld in seinem Portemonnaie dort ausgegeben hat. Und, wehe, zwischen den Euros steckt noch eine Dollarnote! iTunes lässt uns so lange nicht raus, bis wir ein Produkt gefunden haben, das diesen Dollar wert ist, mit dem wir uns freikaufen können.

Zwei Nächte hat es gedauert, bis ich mich während einer Konferenz in San Diego erfolgreich beim US-iTunes-Store angemeldet hatte, um eine Staffel der Serie "Covert Affairs" herunterzuladen, die es auf Deutsch noch nicht gab. Sie haben keinen permanenten Wohnsitz in den USA? Ihre amerikanische Kreditkarte hat eine Schweizer Basisadresse? Dann fliegen Sie schneller zum Mond als in den US-Store zu kommen. Es geht schließlich, wenn man einen iTunes-Gutschein einlöst und einfach eine x-beliebige Hoteladresse angibt. Aber dann versuchen Sie mal, wieder zurück nach Deutschland zu wechseln, wenn der Gutschein nicht ganz ausgegeben ist. Ein Produkt für 53 Cent müsste her, das gibt es aber im ganzen Store nicht. Ist das lebenswichtig? Sicher nicht. Aber es zeigt: In einer globalisierten, vernetzten Welt versprechen uns die Internetkonzerne, wir seien freie Bürger, die überall Zugriff haben. Und faktisch scheitern wir schon an einem simplen Kaufakt.

Durchaus wesentlichere Eingriffe in die Freiheit des Einzelnen sind Änderungen für den Schutz unserer Privatsphäre, wie Facebook sie verschiedentlich vorgenommen hat, ohne

uns vorher zu fragen. Die Nutzerinnen und Nutzer müssen dann erst mühsam die Einstellungen wieder rückgängig machen, nachdem sie von anderen darüber informiert wurden. Ein Beispiel: Wer sich irgendwo im öffentlichen Leben einmal identifiziert hat, muss nicht davon ausgehen, dass diese Information dann national flächendeckend übertragen wird. Wir haben die Chance, an einer Stelle anonym zu bleiben, während wir an anderer Stelle identifiziert sind. Auf Facebook war dies im Sommer 2010 plötzlich anders. Mit der "Gesichtserkennung" (facial recognition) hat das soziale Netzwerk eingeführt, dass nach einmaliger Identifizierung eines Netzwerkteilnehmers ein "Identifizierungsvorschlag" auf alle anderen Fotoinformationen im gesamten Netzwerk angewandt wurde. Zur Erinnerung: Wir reden hier inzwischen von einer Milliarde Mitgliedern. Einmal erkannt, immer erkannt. Das Ganze geschah ohne Vorwarnung und als neue "Standardeinstellung".

Nutzer, die das nicht wollten, mussten sich in einem mühsamen Prozess aus dem "Service" abmelden. Inzwischen hat Facebook die "Gesichtserkennung" auf Druck des irischen Datenschützers Billy Hawkes in der EU ausgesetzt. Der Kampf um das Recht auf Privatheit ist zäh im Netz. Er handelt nicht nur von mühsamen Klicks, sondern von Privatsphäre als Voraussetzung von Freiheit in unserem Leben.

In diesem Sommer änderte Facebook plötzlich, wieder ohne vorherige Anfrage, die E-Mail-Adressen von etwa 900 Millionen Nutzerinnen und Nutzern in eine Facebook-Mailadresse. Wer von da an weiter mit seiner ursprünglichen E-Mail-Adresse und nicht als "@facebook.com" im globalen Netzwerkverteiler auftauchen wollte, war gezwungen, die Einstellung per Hand wieder zurückzusetzen. Was würden wir tun, wenn die Post unsere Briefe plötzlich an eine Sammelstelle schickte, ohne uns zu fragen. Der Aufschrei wäre vermutlich gewaltig. Im Netz nehmen wir das alles hin. Vielleicht weil es noch immer weniger wichtig erscheint als das, was im realen Leben geschieht. Vielleicht auch, weil es einfach zu viel Mühe macht, alles ständig zu kontrollieren und auf dem Laufenden zu bleiben.

Das gehört auch zur Freiheit dazu: Sie ist eine fortwährende Zumutung. Sie verlangt aktives Mitdenken und Verhalten, und sie macht Mühe. Freiheit kommt nicht von nichts. Sie kommt davon, dass Menschen für sie streiten und kämpfen, auch im Netz. Dort klicken wir bei jeder Veränderung der allgemeinen Geschäftsbedingungen von Apple mal eben auf "akzeptiert", denn niemand hat Lust, zig Seiten zu lesen, um einen Song runterzuladen. Und

die Privacy Regeln von Facebook liest auch fast niemand im Detail, obwohl sie deutlich länger sind als die US-Verfassung und uns folglich wohl einiges zu sagen hätten.

Viele Netznutzer machen sich nicht die Mühe, tief in die "Settings" ihres digitalen Seins hineinzutauchen, um ihre eigenen Standards neu zu setzen. Zum Beispiel über die Privacy-Einstellungen bei Facebook oder über das Google Dashboard. Dann wissen wir nicht, wie wenig Freiheit uns das Netz manchmal lässt. Denn wesentliche Mechanismen und Einflussgrößen unserer digitalen Existenz bleiben uns verborgen.

Verborgen ist das Gegenteil von transparent. Transparenz ist meist etwas Gutes, denn sie macht Dinge beobachtbar und uns sehend. Und das sind Voraussetzungen für freies Entscheiden und Handeln. Der Google-Suchalgorithmus ist besser geschützt als das Rezept für Coca Cola, beeinflusst aber viel substanzieller unsere Entscheidungs- und Handlungsfreiheit. Und Google denkt nicht daran, die Entscheidung über die Art des Suchens im Netz für uns transparent zu machen. Das ginge leicht, indem wir auf der Startseite zwischen zwei Eingangspforten wählen könnten: hier die personalisierte, dort die generelle Suche. Die Freiheit der Wahl läge dann beim Nutzer. Den muss man nicht vor sich selbst schützen. Aber man muss ihm die Informationen geben und die Möglichkeit, eine Entscheidung zu treffen. Tut man das nicht, wird das Netz zu einem unfreien Raum, und Transparenz wird zum Vehikel der Unfreiheit. "Die totale Transparenz macht uns selbst zur Maschine", sagt der Philosoph Byung Chul Han. Zu einer Konsummaschine, ließe sich präzisieren. Wir mögen als Menschen in die Welt geworfen sein, aber wir sollten nicht nackt ins Netz geworfen sein. Das Internet ist eine wichtige Lebensform. Wir sollten sie zugunsten unserer Freiheit gestalten.

Wenn die Alternativen des Lebens im Netz für uns unsichtbar sind, wenn wir nicht wissen, welches die Funktionsweisen und Mechanismen sind, die uns im Internet steuern oder zumindest beeinflussen, dann können wir keine Entscheidung darüber treffen, wo und wie wir dabei sein wollen. Dann entfällt eine wichtige Information als ein "Unterschied, der einen Unterschied macht", wie es der Soziologe Gregory Bateson einst formulierte. Dieser Unterschied ist aber im Sinne der Aufklärung eine Grundvoraussetzung menschlicher Freiheit. Wir müssen von unserer Vernunft Gebrauch machen können. Dazu sollten wir uns auf einen weiteren Unterschied besinnen - den zwischen negativer und positiver Freiheit, der

die Freiheitsgedanken der Philosophiegeschichte durchzieht, von Immanuel Kant bis zu Isaiah Berlin.

Bislang sprechen wir beim Internet meist über die negative Freiheit als Abwehrrecht gegenüber Eingriffen des Staates in unsere Netzautonomie. "Zensur" lässt grüßen. Das grundgesetzlich gesicherte Recht auf freien Zugang zu Informationen und freie Meinungsäußerung kann aber auch als positive Freiheit verstanden werden. Dann bedeutet es, dass wir das Recht haben, uns aktiv offen und frei zu informieren. Dass wir nicht darüber im Unklaren gelassen werden, welche Mechanismen dem entgegenstehen. Dass wir wissen können, wo es Grenzen gibt, damit wir uns zu ihnen verhalten können. Ein erster Ansatz ist die nun von der EU-Kommission eingeführte Überlegung zu einer "opt in/opt out" Möglichkeit, bei der Nutzer entscheiden, was sie zulassen wollen. Sie auf die Freiheit des Verzehrs auf unerwünschte Werbung zu beschränken, steht für eine sehr kleine Freiheit, die uns im großen Netz gewährt werden soll.

Der Soziologe Niklas Luhmann hat schon mit Blick auf die Mechanismen einer marktwirtschaftlichen Mediendemokratie darauf verwiesen, dass wir Freiheit auch "als Unerkennbarkeit der Ursache von Freiheitsbeschränkungen" verstehen könnten. So können wir auch die Freiheit im Internet interpretieren: Was ich nicht sehe, tut mir vermeintlich nicht weh.

Vielleicht wollen wir es ja nicht anders. Vielleicht wollen wir alle sein wie Miranda, die Protagonistin aus Ingeborg Bachmanns Erzählung "Ihr glücklichen Augen". Miranda ist sehr kurzsichtig und sehr astigmatisch, im direkten und im indirekten Sinne. Sie trägt keine Brille, um die Welt nicht in allen ihren Schattierungen sehen zu müssen. Am Ende prallt sie auf eiligem Wege zusammen mit einer Glastür, denn offene Türen sind nie gottgegeben. Sie schleudert hin in einem Hagel aus Glasscherben, "immer das Gute im Auge behalten", während ihr das Blut aus Mund und Nase schießt. So lässt sie sich gestalten, die Konfrontation mit der unsichtbaren Welt. Wenn wir das nicht wollen, sollten wir beginnen, es Laurato gleichzutun. Wir sollten uns anschleichen, um irgendwann die Hand auf das Glas legen zu können, das uns trennt. Von was auch immer.

## Miss Verstanden

*Frauen sind sanftmütiger, klüger, teamfähiger, ach, sie sind einfach die besseren Menschen. Unsere Autorin erklärt, warum das nicht stimmt.*

Von Elisabeth Raether, ZEITmagazin, 1.3.2013

Sind Frauen nicht nur schöner anzuschauen, haben sie auch den edleren Charakter? Dieser Frage muss man mal nachgehen in einer Zeit, in der viele glauben, Frauen könnten mit "weiblichen Tugenden" die Welt zu einem besseren Ort machen. Frauen gelten wie Hannelore Kraft und Angela Merkel als besonnene Politikerinnen, während Gerhard Schröder, der das Staatsbürgerschaftsrecht reformierte und die Eingetragene Lebenspartnerschaft für Homosexuelle einführte, nur noch "Testosteron-Kanzler" genannt wird. Das *Deutsche Ärzteblatt* schreibt, dass es Ärztinnen im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen nicht um Geld und Macht gehe, sondern um "Sinnfindung". Professorinnen seien frei von Forschernarzissmus, glaubt die Literaturwissenschaftlerin Barbara Vinken, sie forschten aus Leidenschaft für ihre Disziplin. Frauen hätten ein "nicht so großes Ego", sagt Beiersdorf-Personalchef Ulrich Schmidt, sie verbreiteten "positiven Teamgeist". Sie seien überhaupt die besseren Vorgesetzten, behauptet die Journalistin Wibke Bruhns, eine ehemalige Ressortleiterin, und verweist auf sich selbst. Frauen seien die besseren Hedgefonds-Manager, schreibt die *FAZ*, die besseren Polizisten, schreibt der *Spiegel*, die besseren Friedensvermittler in Krisengebieten, schreibt die *Frankfurter Rundschau*.

Es hat immer Frauen gegeben, die gar nicht in dieses Bild passen, das sich viele derzeit von Weiblichkeit machen. Diese Frauen sind keine Extremfälle, die wir als untypisch abtun können. Dafür gibt es zu viele Beispiele in der Geschichte und in der Gegenwart, die belegen, dass jede schlechte Eigenschaft, die man Männern zuschreibt, auch bei Frauen vorkommt. Frauen sind gewalttätig, eitel, verlogen, unbeherrscht, habgierig, herablassend, unbelehrbar, fahrlässig, grob, laut, unordentlich, niederträchtig, egozentrisch. Frauen sind genauso böse wie Männer.

Aus dem Alltag weiß das jeder. Genau wie Männer brechen Frauen Herzen, machen Witze auf Kosten anderer, lassen ihre Laune an Schwächeren aus. Sie können nicht zuhören, nehmen einem den Parkplatz weg und drängeln sich beim Bäcker vor. Sie vergessen Geburtstage und ein Dankeschön. Und fragt man einen Detektiv wie Marcus Lentz, Geschäftsführer der Detektei Lentz, einer der größten in Deutschland, stellt sich heraus, dass es auch beim Ehebruch in der Häufigkeit keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern gibt. Trotzdem ist es den Frauen gelungen, sich das Image zu verleihen, sie seien empathischer als Männer – als hätten sie stets ein offenes Ohr für die Sorgen ihrer Mitmenschen.

Einigen Frauen wird es ganz recht sein, dass man annimmt, sie seien harmlos. Beate Zschäpe, die demnächst wegen Mord und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vor dem Oberlandesgericht München steht, trat kürzlich im rosa Girly-Shirt vor die Kamera des Bundeskriminalamtes – als käme es noch darauf an, den Schein zu wahren, so wie sie es laut Anklageschrift jahrelang für das rechtsradikale Terrortrio NSU getan hatte. Zufall, dass für diese Aufgabe eine Frau zuständig war? Sie versorgte die Katzen und grüßte die Nachbarn, während ihre Komplizen Menschen erschossen, die nicht in ihr Weltbild passten. Der Prozess wird zeigen, wie viel positiven Teamgeist Beate Zschäpe im NSU verbreitete.

*Gute Mädchen kommen in den Himmel, böse überall hin* hieß ein erfolgreiches Frauenbuch von 1994, ein Ratgeber im Plauderton. Man traute Frauen einfach nicht zu, dass sie wirklich schlechte Menschen sein könnten. Das war etwa die Zeit, als die Serbin Biljana Plavšić im Jugoslawienkrieg ethnische Säuberungen anordnete, die Tausende Muslime das Leben kosteten. Plavšić war Stellvertreterin des Serbenführers Radovan Karadžić. Die Biologieprofessorin entdeckte im Krieg ihr Talent zur ultranationalistischen Rhetorik und bezeichnete die Muslime als "genetischen Irrtum im serbischen Körper". Einmal ließ sie 78 muslimische Kinder als Geiseln nehmen, um ihren Bruder und ihre Schwägerin aus dem Gefängnis in Sarajevo freizupressen.

Plavšić war die einzige Frau, die vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag angeklagt wurde, und sie war eine der wenigen, die sich schuldig bekannten. So sind Frauen, sie geben Unrecht zu – dieses Klischee kam Plavšić zugute. Ihres Schuldeingeständnisses wegen wurde sie statt zu einer lebenslangen

Freiheitsstrafe zu elf Jahren verurteilt. Dass die Reue vorgetäuscht war, verkündete sie ein paar Jahre später. 2009 wurde sie aus der Haft entlassen, die sie in Schweden abgesessen hatte, wo einige vom Internationalen Gerichtshof Verurteilte ihre Strafe verbüßen. Sie hasse die Muslime noch immer, erklärte sie einer Journalistin, und die tolerante schwedische Gesellschaft mit der albernen Idee, alle gleich zu behandeln. Plavšić lebt heute in Belgrad, wo sie über beträchtlichen Immobilienbesitz verfügt.

Einigen Frauen wird es ganz recht sein, dass man von ihnen annimmt, sie seien harmlos

Der weibliche Blick: So lautet das Schlagwort der Stunde, das zwar nur von vager Bedeutung ist, aber eine gewisse Modernität verspricht. Alice Schwarzers weiblicher Blick brachte sie zu der Annahme, dass die amerikanische Soldatin Lynndie England von ihren männlichen Vorgesetzten dazu gezwungen worden sei, die irakischen Häftlinge in Abu Ghraib zu quälen. England sei kein "Subjekt" gewesen, sondern zum "Objekt" gemacht worden, schrieb Schwarzer – beides sind feministisch aufgeladene Begriffe. Auf den Bildern aus dem Gefängnis, die es von Lynndie England gibt, zeigt sie grinsend mit Zigarette im Mundwinkel auf eine Reihe Gefangener, die mit nichts als Säcken über dem Kopf bekleidet sind. Nach Pflichterfüllung sieht nicht aus, was England da tut.

Legt jemand die Hand dafür ins Feuer, dass die Welt besser wäre, wenn sie von Frauen bestimmt würde? Früher ging es der Emanzipationsbewegung um das demokratische Prinzip der Gleichheit. Eine Gesellschaft, die Männer und Frauen gleich behandelt, ist gerechter als eine von Männern beherrschte: Das war die einfache wie geniale Idee, aus der manche den Schluss zogen, dass Frauen die besseren Menschen seien und ihnen das moderne Denken in den Genen liege. Dass das *Ende der Männer* gekommen sei, behauptet der Titel eines Buchs der amerikanischen Autorin Hanna Rosin, das gerade auf Deutsch erschienen ist. Der Grund dafür sei, dass es Männern an sozialer Intelligenz und "der Fähigkeit, stillzusitzen und sich zu konzentrieren", mangle. Aus biologischen Geschlechterunterschieden Wesensmerkmale abzuleiten, vorgefertigte Meinungen zu haben über die eine Hälfte der Menschheit – das nannte man mal Sexismus. Und so bleiben Frauen bis heute "das andere Geschlecht", wie Simone de Beauvoir 1949 schrieb, nur dass sie jetzt nicht mehr als schwächer, sondern als die Sozialeren gelten.

Aber wenn die Geschichte der Männer die der Täter ist, ist die Geschichte der Frauen die der Mitläuferinnen. Mögen die Banker, die das Bankensystem zerstört haben, Männer sein, die Milliardenboni haben auch ihre Ehefrauen ausgegeben. Die Akteure der Wirtschaft sind Männer; die rücksichtslos produzierten Waren – in Kinderarbeit entstandene Mode, Kosmetik, für die Tiere sterben – werden von Frauen gekauft. Jedes menschenverachtende System, das es gegeben hat, wurde von Frauen mitgetragen und mitverteidigt. In den USA waren es die Frauen, die den schwarzen Sklaven im Haus die Befehle gaben – ein Grund, weshalb der Black Feminism, der in den siebziger Jahren nach Abschaffung der Rassengesetze in Amerika entstand, und der Feminismus der weißen Mittelklasse sich nie gut verstanden.

Hitler bekam von Verehrerinnen so viele Briefe, dass sich in der Reichskanzlei eigens jemand um diese sogenannten Frauenbriefe zu kümmern hatte. "Lieber Adi", schrieben die verliebten Frauen, und "Mein lieber zuckersüßer Adolf". Sie schickten ihm Honig für seinen Frühstückstisch, da sie sich um seine Gesundheit sorgten. Frauen waren in der Geschichte oft vom politischen Leben ausgeschlossen. Das heißt nicht, dass ihr moralischer Kompass verlässlich in die richtige Richtung zeigte. Oft schlugen sie sich auf die Seite der Herrschenden.

Als Marina Abramović als junge Künstlerin 1974 ihre Performance *Rhythm 0* aufführte, stand sie in einem Ausstellungsraum und hatte um sich herum einige Gegenstände des Alltags arrangiert: eine Peitsche, eine Feder, ein Skalpell, eine Rose. Ein Schild forderte das Publikum auf, die Gegenstände nach Belieben gegen die Künstlerin einzusetzen. Die Besucher waren zunächst zögerlich, doch bald kippte die Stimmung, es wurde gewalttätig, so erzählt es Abramović in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*. "Die Frauen aus dem Publikum legten nie selbst Hand an, aber sie gaben den Männern genaue Anweisungen, was sie mit mir anstellen sollten." So könnte man die Geschichte der Frauen auch erzählen: Die Frauen standen am Rand und feuerten die Männer an.

Es gibt wenige Diktatorinnen, aber jeder Tyrann hat eine Ehefrau. Ihre Rolle ist essenziell im Regime ihres Mannes. Asma al-Assad sieht gut aus, interessiert sich für Mode und arbeitete in London als Bankerin. Auch ihretwegen hätte die westliche Welt dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad beinahe abgenommen, dass seine Regierung streng, aber gerecht sei. Der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy aß mit den Assads im

Élysée-Palast zu Mittag und sagte zu seinem Außenminister kurz vor Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs, der seitdem 70.000 Todesopfer forderte: Wenn Assad eine so moderne Frau habe, könne er gar nicht so schlimm sein.

Die französische Journalistin Diane Ducret hat ein Buch geschrieben, das nicht etwa von Frauen und ihrer Liebe zu Katzen oder zu Gärten handelt – Bücher, die sich zurzeit als Zeugnisse weiblicher Sanftmut in den Buchhandlungen stapeln. Ducret hat über Frauen und ihre Liebe zu Despoten und Massenmördern geschrieben. Ein Kapitel handelt von Elena Ceaușescu, in der Diktatur Rumäniens ihrem Mann Nicolae Ceaușescu, dem Präsidenten auf Lebenszeit, faktisch gleichgestellt. Das Regime war eines der frauenfeindlichsten des 20. Jahrhunderts: Weil die Bevölkerung wachsen sollte, sollte jede Rumänin vier bis fünf Kinder gebären. Darüber werde sie persönlich wachen, versprach Elena Ceaușescu. Sämtliche Verhütungsmittel wurden 1966 verboten. Die Frauen wurden verpflichtet, sich einmal im Monat gynäkologisch untersuchen zu lassen. So wollte man sicherstellen, dass sie nicht illegal abtrieben. In diesem Fall drohten 25 Jahre Haft. Bis zum Ende der Diktatur 1989 starben 11000 Frauen, weil sie versuchten, ohne ärztliche Hilfe die Schwangerschaft abzubrechen. Elena Ceaușescu ließ derweil ihr Gesicht auf Teller und Briefmarken drucken und sich von Dichtern besingen: "Größte Frau aller Zeiten unserer gesamten Nation!" Sie trug weiße Kleider und umgab sich bei offiziellen Auftritten mit Tauben und Kindern. Sie hatte die Schule mit 14 verlassen, bezeichnete sich selbst aber als "Wissenschaftlerin von Weltrang" und wurde Vorsitzende der Akademie der Wissenschaften. Bis zu ihrem Lebensende verlieh sie sich selbst 74 Ehrendokortitel.

Die Frauen standen am Rand und feuerten die Männer an

Ist es unweiblich, wenn Frauen so willkürlich und machtbesessen sind? Ist es unweiblich, wenn Margot Honecker heute sagt: "Sollen sich doch die anderen entschuldigen"? Die Witwe Erich Honeckers, die 26 Jahre lang DDR-Ministerin war, ist inzwischen 85, sie lebt in Chile und ließ sich letztes Jahr von einem Fernsehjournalisten interviewen. Über die Maueropfer sagte sie: "Die brauchten ja nicht über die Mauer zu klettern."

Das berühmte Milgram-Experiment zeigte schon 1961, dass Frauen nicht weniger grausam als Männer sind: Genau wie die meisten Männer hatten sie kein Problem damit,

während des Versuchs anderen auf Anweisung einer Autoritätsperson elektrische Schläge zu versetzen. Denn weibliche und männliche Eigenschaften gibt es sehr wahrscheinlich gar nicht. Wohl aber gibt es eine Idee von Weiblichkeit und eine Idee von Männlichkeit, und diese Ideen ändern sich über die Epochen. Eine Zeit lang dachte man, bei Frauen wandere die Gebärmutter durch den Körper, bis sie sich im Gehirn festsetze, was Frauen zu dummen und reizbaren Wesen mache. Irgendwann dachte man, Frauen sollten nicht wählen dürfen, weil sie nichts von Politik verstünden. Heute denkt man, sie seien umsichtig und verantwortungsvoll und gute Chefs. "Solange man noch die Stellung der Frauen nach dem zu bestimmen sucht, was das Weib seiner Natur nach ist, und von hier aus neue Normen zu gewinnen hofft, wird das weibliche Geschlecht trotz der Zuerkennung der bürgerlichen Gleichberechtigung keine wirkliche Freiheit der Selbstbestimmung besitzen." Das schrieb die österreichische Frauenrechtlerin Rosa Mayreder vor ungefähr 100 Jahren zu diesem Thema.

Tatsächlich machen Frauen in der polizeilichen Kriminalstatistik 2011 gerade 25,5 Prozent der Tatverdächtigen aus. Dass die Frau ein friedliebendes Wesen ist, besagt die Statistik aber nicht. Sie erfasst nur die der Polizei bekannten Straftaten, ein Großteil auch schwerer Straftaten wird gar nicht entdeckt, selbst Tötungsdelikte. Der Hamburger Rechtsmediziner Klaus Püschel schätzt, dass auf jede entdeckte Tötung eine unentdeckte kommt. Eine Ursache dafür ist, dass in Deutschland nur fünf Prozent aller Leichen obduziert werden. Ein Hausarzt, der den Totenschein für jemanden ausstelle, der zu Hause gestorben sei, führe meistens keine exakte Leichenschau durch – aus mangelnder Routine, sagt Püschel, und weil es auch Ärzten davor graue, einen Toten eingehend zu untersuchen.

Davon profitieren besonders Frauen, die morden. Denn Frauen meiden direkte Gewalt, sie vergiften ihre Opfer eher und ersticken sie durch Bedecken der Atemwege: Beide Mordmethoden sind oft sogar für einen Pathologen kaum als solche zu erkennen. Ein Arzt, der zu einem verstorbenen 70-Jährigen gerufen wird, wird erst recht nicht sehen können, ob die Ehefrau ihm im Schlaf ein Stück Cellophan über Mund und Nase gelegt hat. Oder einige Schmerzplaster mit einer tödlichen Dosis Opiate getränkt hat. "Der weibliche Anteil an Tötungsdelikten würde steigen, wenn mehr Tötungen entdeckt werden", sagt Püschel.

Die weibliche Kriminalitätsrate ist überhaupt erst seit der Erfindung der bürgerlichen Frau so niedrig. Eine Studie, die die Gerichtsakten am Zentralen Strafgerichtshof von

London zwischen 1687 und 1912 ausgewertet hat, belegt, dass bis ins 18. Jahrhundert beinahe ebenso viele Frauen wie Männer kriminell wurden. Sie machten 45 Prozent der Angeklagten aus, und sie waren nicht nur wegen sogenannter Frauendelikte wie Hexerei oder Kindstötung angeklagt, sondern auch wegen Mord, Raub und Betrug. Erst ab dem 19. Jahrhundert sank der weibliche Anteil an Straftätern, bis er 1895 bei unter zehn Prozent lag. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die bürgerliche Gesellschaft eingerichtet, und die Lebenswelten von Männern und Frauen waren vollkommen voneinander getrennt. Eine Frau der bürgerlichen Schicht verließ praktisch nicht allein das Haus und trank wenig Alkohol, der bei Straftaten damals wie heute eine große Rolle spielt. Diejenigen, die auffielen, erklärte man schnell für geisteskrank und steckte sie kurzerhand ins Irrenhaus, wo Frauen bald den deutlich größeren Anteil ausmachten. *"Mad not bad"* nennt die Juristin Lucia Zedner von der Universität Oxford dieses Prinzip. Mit der Stilisierung der Frau zum Wesen von Reinheit und Güte entstanden auch bei Richtern und Polizisten falsche Sensibilitäten, weshalb Frauen bis heute seltener verdächtigt und seltener verurteilt werden.

Dass Frauen nicht so oft in der Kriminalstatistik auftauchen, hängt also nicht mit ihrem Wesen zusammen, sondern mit ihrem Verhalten und dem der Gesellschaft, das eine kulturelle Größe ist und sich über die Zeiten ändert. Frauen, die gleichberechtigt sind, sind nicht besser als Männer. Dafür spricht auch, dass die Kriminalität unter jungen Mädchen in den letzten Jahren zugenommen hat. In Baden-Württemberg stieg von 2000 bis 2009 die Zahl der Straftäterinnen zwischen 14 und 18 Jahren um 23 Prozent. Im selben Zeitraum stieg auch die Zahl der Schuldsprüche gegen Frauen wegen Gewaltstraftaten – und zwar um 65 Prozent. Der Rechtsmediziner Püschel stellt fest, dass Frauen bei der Selbsttötung nicht mehr vor den harten Methoden wie dem Erhängen und dem Sturz aus der Höhe zurückschrecken. Weibliche Gewalt: ein Kollateralschaden der Gleichberechtigung.

Frauen sind wie Männer zu extremer Gewalt fähig, doch dieser Umstand passt nicht zu unserem Bild der Frau als einer, die immer mit sich reden lässt. Gewalttätigkeit ist meistens die falsche Lösung eines inneren Konflikts und wendet sich gegen die, die sich nicht wehren können. Bei Frauen sind das Kinder. Der Anteil der Täterinnen in Fällen von Kindesmisshandlung liegt nach Angaben von Nahlah Saimeh, der Ärztlichen Direktorin im Zentrum für Forensische Psychiatrie Lippstadt, bei bis zu 67 Prozent.

Der sogenannte Neonatizid, die Tötung des eigenen Kindes in den 24 Stunden nach der Geburt, wird fast ausschließlich von Frauen verübt, sagt Saimeh. Der Anteil weiblicher Täter sei auch beim Infantizid, der Tötung des eigenen Kindes im ersten Lebensjahr, hoch. Nicht alle Täterinnen seien schuldunfähig, weil psychotisch, und nicht immer seien es junge, alleinstehende Frauen, die ihr Kind aus Verzweiflung umbringen. Der Kindsmord ist ein Phänomen, über das Mediziner sich Gedanken machen: Warum kommt es noch dazu, trotz Babyklappe und Zugang zu Verhütungsmitteln, trotz liberaler Abtreibungspolitik und einer liberalen Haltung gegenüber alleinerziehenden Müttern?

Klaus Beier, Leiter des Instituts für Sexualmedizin an der Charité in Berlin, sagt, dass Frauen, die ihre Kinder nach der Geburt töteten, unter einer Sexualstörung litten, die die "reproduktiven Anteile von Geschlechtlichkeit" betreffe. Sie verdrängten die Schwangerschaft, man spreche von "negierter Schwangerschaft", und sie würden von der Geburt überrascht. Doch in der Öffentlichkeit werden die Ursachen für die Kindstötung immer mit der Opferrolle erklärt. Die unschuldig Verführte, die im Stich Gelassene, zum Äußersten Getriebene – diese Vorstellung haben wir von Goethe und seinem Gretchen aus dem 19. Jahrhundert übernommen.

Für die Sexualstörungen der Männer interessiert man sich sehr. Der Pädophile, der Vergewaltiger, der Grabscher, es sind Bilder von Männern, die wir im Kopf haben. Dass Frauen auch unter Störungen leiden, die das sexuelle Erleben und Verhalten bestimmen – darüber sprechen wir weniger gern. Bei Männern wirken sich die Störungen oft auf das Begehren aus, sie äußern sich als Fetischismus oder Pädophilie. Bei Frauen betreffen die Störungen das innere Genital, die Gebärmutter, und die Fragen der Reproduktion, die damit verbunden sind. Doch der Sexualtrieb einer Frau ist immer noch ein großes Tabu, vor allem wenn er düster und zerstörerisch ist.

Dass Frauen gutherzig sind, war lange männliches Wunschdenken. Heute können Frauen sich so fühlen, als hätten sie immer auf der richtigen Seite der Geschichte gestanden, auf der Seite der Entrechteten. Dabei ist die Gruppe der Frauen viel zu heterogen, um allgemeine Behauptungen aufzustellen. Oft genug gehörten Frauen zur herrschenden Klasse und waren Teil des Systems. Frauen zu Schoßhündchen zu machen war im Biedermeier eine gesellschaftliche Idee, deren Sinn darin lag, die Härten des Frühkapitalismus abzufangen. Damals erschienen die großen Frauenromane, *Effi Briest*, *Anna Karenina*, *Madame Bovary*

– Frauen galten als diejenigen, die noch Liebe empfanden in einer kalten, funktionalen Gesellschaft. Ist es Zufall, dass gerade heute die Frauen wieder zu besseren Menschen stilisiert werden? Geht es darum, dem entfesselten Kapitalismus, vor dem sich derzeit viele fürchten, ein menschliches Antlitz zu verleihen, ohne die tieferen Strukturen infrage zu stellen? Als wäre es leichter, von jemandem gefeuert zu werden, der einem die Kündigung in sanftem Ton unter Einsatz seiner sozialen Intelligenz ausspricht.

## Jan Müller hat genug

*Die Wirtschaft muss wachsen, wachsen, wachsen, sagen Politiker aller Parteien. Aber wozu eigentlich? Plädoyer für einen bescheideneren Kapitalismus*

Von Wolfgang Uchatius, Die Zeit, 28.02.2013

Die Bettdecke ist gefaltet, die Hemden sind gebügelt, die Bücher stehen akkurat im Regal. 14,4 Quadratmeter Ordnung: Das ist das Zimmer von Jan Müller.

Jan ist 18 Jahre alt. Er mag Stefan Raab und den 1. FC Köln, liest gerne Harry Potter und sagt: "Ich blicke positiv in die Zukunft." In wenigen Monaten macht er Abitur. Wenn alles gut geht, hat er danach noch sechzig Jahre Leben vor sich, mindestens.

Jan gehört zu den ersten Jahrgängen, die nicht mehr zur Bundeswehr müssen. Sein Vaterland wird ihn trotzdem brauchen. Jan Müller muss Deutschland neue Kraft geben. Schwung, Energie.

Er muss viel einkaufen gehen.

"Europa braucht mehr Wirtschaftswachstum", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel kürzlich in einem Zeitungsinterview.

"Die Wachstumsraten unserer Volkswirtschaft müssen wieder steigen", sagt SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück.

"Jetzt gilt es, das Wachstum zu stabilisieren", sagt FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle.

"Wir müssen für Wirtschaftswachstum sorgen", sagt Linken-Parteichef Bernd Riexinger.

"Wir brauchen eine Wachstumsstrategie", sagt Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin.

Es ist der Refrain der Finanzkrise, der Euro-Krise, der Schuldenkrise: mehr Umsatz, mehr Gewinn, mehr Wachstum! In jedem Industrieland ist er zu hören. Politiker aller

Parteien wollen, dass die Unternehmen ihres Landes von Jahr zu Jahr mehr Autos, mehr Zahnbürsten, mehr Fernseher, mehr T-Shirts, mehr Schreibtischstühle produzieren. In fünf Jahren, in zehn Jahren, in zwanzig Jahren. Immer mehr.

## **Der Verstand nennt es Verschwendung, das Kalkül nennt es Wachstum**

Eines gerät dabei manchmal in Vergessenheit: Damit die Wirtschaft wächst, muss irgendjemand all die neuen Waren auch kaufen, in fünf, zehn, zwanzig Jahren. Das wird dann wohl Jan Müller sein müssen.

Dazu ist zu sagen: Jan Müller gibt es gar nicht. Oder genauer, es gibt ihn schon, aber nicht einmal, sondern viele Tausend Mal. Er ist: der typische deutsche 18-Jährige. Ein Musterknabe. Die Hamburger Werbeagentur Jung von Matt hat ihn erschaffen, aus Tausenden von Daten und Fakten, ermittelt in Umfragen und Hausbesuchen.

Jan Müller heißt Jan, weil dies der häufigste Vorname in seinem Jahrgang ist. Er wohnt in Nordrhein-Westfalen, weil dort die meisten deutschen 18-Jährigen leben, er ist Kölner, weil Köln die größte Stadt Nordrhein-Westfalens ist, und er wohnt bei seinen Eltern, weil dies unter den 18-Jährigen in Deutschland so üblich ist. Mit Mama und Papa versteht er sich übrigens sehr gut, aber das ist für die Frage des künftigen deutschen Wirtschaftswachstums nicht so entscheidend. Wichtiger ist, wie es in Jan Müllers Zimmer aussieht.

Die Leute von Jung von Matt haben es nachgebaut, in ihrer Werbeagentur. Sie haben Möbel hineingestellt und Deutschlands häufigste Tapete an die Wand geklebt, die Raufasertapete Erfurt 52, mittlere Körnung. An die Tapete haben sie ein Poster von der Brooklyn Bridge gehängt und einen Stadtplan von Manhattan, weil sich Jugendliche typischerweise Bilder ihres Sehnsuchtsorts an die Wand hängen, und das ist nach wie vor New York. Sie haben eine Postkarte von Jans erster Freundin neben den Schreibtisch gepinnt, eine Packung Kondome ins Nachtkästchen gelegt, weil das eigene Zimmer auch der Ort der ersten sexuellen Erfahrungen ist. Und sie haben einen alten Teddybären unter die Bettdecke gestopft, weil sich Jan trotz allen Erwachsenwerdens noch nicht so recht von seinem ersten Kuschtier trennen kann.

Die Werbeleute haben das Zimmer eingerichtet, um sich in die Gefühlswelt junger Menschen hineinzudenken. Man kann diese Bestandsaufnahme deutschen Wohlstands gut

als Ausgangspunkt benutzen, um die eine Frage zu stellen, die über die Zukunft der deutschen Wirtschaft entscheiden wird: Hat Jan Müller genug?

Es gibt einen Mann, der glaubte, die Antwort auf diese Frage zu kennen. Ähnlich wie die Werber der Agentur Jung von Matt modellierte er den einen Menschen, der für alle stehen sollte. Nur dass seine Grundlage keine statistischen Daten waren, sondern Gedanken. Er stellte sich den Menschen als ein unersättliches Wesen vor. Er nannte ihn: Homo oeconomicus.

Der Mann war der italienische Ingenieur und Soziologe Vilfredo Pareto. Er lebte von 1848 bis 1923 und nannte sich selbst einen Wissenschaftler von "eiskalter Neutralität". Pareto zeichnete den Homo oeconomicus als ein vom Gefühl des Mangels erfülltes Geschöpf, getrieben vom Wunsch, immer noch mehr Besitz anzuhäufen. Auf diesem Menschenbild beruhen bis heute fast alle relevanten wirtschaftswissenschaftlichen Theorien.

Ende des 19. Jahrhunderts, als Pareto an seinen wichtigsten Schriften arbeitete, hieß ein typischer deutscher Jugendlicher nicht Jan, sondern Wilhelm, wie der Kaiser. Seine Lebenserwartung betrug nicht 80 Jahre, sondern 45, und morgens um sechs Uhr ging Wilhelm Müller nicht zur Schule, sondern in eine Fabrik, in der er zehn, elf Stunden arbeitete. Abends kroch er in sein Bett in einer schmalen Kammer, die er sich mit seinen Eltern und Geschwistern teilte. Er besaß ein paar Hemden, ein paar Hosen, eine Jacke, Stiefel, ein Stück Seife, vielleicht einen Sonntagsanzug. Es ist nicht abwegig, anzunehmen, dass Wilhelm Müller damit nicht zufrieden sein konnte.

Rund 120 Jahre später kann man in Jan Müllers Zimmer sitzen und den Besitz eines 18-Jährigen von heute auf sich wirken lassen: ein Flachbildfernseher, 32 Zoll, ein Computer mit Monitor, zwei angeschlossene Lautsprecherboxen, ein Kopfhörer, ein Smartphone, ein CD-Radio-Kassettenrekorder, eine Playstation für Videospiele mit integriertem DVD-Spieler, eine Wii-Konsole, eine tragbare Playstation, mit der man auch unterwegs spielen kann. Außerdem: ein Bett, ein Kleiderschrank, ein Schreibtisch mit Stuhl, ein Taschenrechner, ein Funkwecker, zwei Fußbälle, ein Basketball, ein Volleyball, ein Rucksack, ein Globus, mehrere Paar Sportschuhe sowie Hemden, Hosen, Jacken, Bücher, Spiele, Stifte, DVDs.

Man kann nun eine einfache Rechnung aufmachen. Wenn die deutsche Wirtschaft in den kommenden Jahren um, sagen wir, drei Prozent pro Jahr wachsen soll, müssen die deutschen Unternehmen in 25 Jahren doppelt so viel umsetzen wie heute, und die Bundesbürger müssen doppelt so viel kaufen.

Der typische 18-Jährige der Zukunft, nennen wir ihn Leon Müller, müsste also zum Beispiel ein doppelt so teures Bett in sein Zimmer stellen, einen doppelt so teuren Fernseher oder gleich zwei Betten und zwei Fernseher, oder zwei Schreibtische und sechs Videospielkonsolen, aber das wäre ihm vermutlich zu dumm. Niemand braucht zwei Schreibtische und sechs Spielkonsolen. Um diesen Verzicht auszugleichen, müsste er von anderen Dingen umso mehr kaufen, sonst wird es nichts mit den drei Prozent. Er müsste sich dann, sagen wir, viermal so viele Kleidungsstücke anschaffen, fünfmal so oft zu McDonald's gehen, sechsmal so oft ins Kino, siebenmal so oft ins Fußballstadion.

Aber irgendwann muss Leon Müller ja auch noch für die Schule lernen. Es ist nicht abwegig, anzunehmen, dass dies schwierig werden könnte.

Wilhelm Müller, der 18-Jährige aus dem Kaiserreich, hatte ökonomisch gesehen zwei Funktionen: Er war Arbeiter und Konsument. Wenn er einen Laib Brot kaufte, aß er ihn auf. Wenn er eine Hose kaufte, trug er sie, bis sie nicht mehr zu flicken war. Das Wort konsumieren stammt vom lateinischen Wort *consumere* ab. Es bedeutet: verbrauchen, verzehren.

Im Jahr 1901, Wilhelm Müller schuftete wahrscheinlich gerade in seiner Fabrik, da knipste 9.000 Kilometer weiter westlich, in der Feuerwache des Städtchens Livermore in Kalifornien, irgendjemand das Licht an. Es leuchtet noch immer. Die Glühbirne von damals brennt seit 112 Jahren, es ist die älteste noch funktionierende Glühbirne der Welt.

Alle Lampen könnten so lange halten. Der Glühdraht muss nicht durchschmelzen. Allerdings würden die Hersteller dann kaum noch Birnen verkaufen. Also sprachen sie sich ab, das war 1924, und machten den Draht zur Sollbruchstelle. Die Ingenieure entwickelten nicht bessere, sondern schlechtere Glühbirnen. 1941 flog der Pakt auf, als "Phoebuskartell" ging er in die Geschichte ein. Die kurze Lebensdauer aber blieb den Glühbirnen bis heute. Jan Müller kennt es nicht anders.

Auch Jan ist ein Konsument. Aber das Wort passt nicht mehr. Die Deutschen verbrauchen nicht mehr, was sie kaufen. Jedes Jahr werfen sie 6,7 Millionen Tonnen Lebensmittel in den Abfall, 800.000 Tonnen Kleider in den Container, eine Million Tonnen veraltete oder defekte, aber oftmals noch reparable Handys, Computer, Fernseher, CD-Spieler und Laserdrucker auf den Schrotthaufen.

Der menschliche Verstand sagt: Das ist Verschwendung. Das ökonomische Kalkül sagt: Das ist wachstumsfördernd. Jede Glühbirne, die frühzeitig erlischt, jede Ware, die weggeworfen wird, schafft Platz für neue Einkäufe.

Jan Müller besitzt drei verschiedene Deosprays. Er hat sie sich gekauft, weil er Angst hat zu stinken, einerseits, aber andererseits auch, weil da dieser Schriftzug auf den Dosen prangt. Axe. Das ist die Marke mit den witzigen Werbespots, in denen ziemlich durchschnittliche Jungs dank ihres guten Geruchs die besten Mädchen kriegen.

Jan hat die Dosen nicht ins Bad gestellt, sondern in sein Bücherregal. Jeder, der ins Zimmer kommt, sieht sie.

Wilhelm Müllers materieller Besitz umfasste zwanzig Gegenstände, vielleicht dreißig. In Jan Müllers Zimmer dagegen befinden sich knapp 500 verschiedene Produkte. Vergleicht man diese beiden Zahlen, sieht es so aus, als hätten die Leute von heute nur noch Materielles im Kopf, als habe der Kapitalismus die Menschen verdinglicht. In Wahrheit hat er die Dinge vermenschlicht, er hat es fertiggebracht, Waren zu emotionalisieren und über ihren reinen Nutzen hinaus mit Wert aufzuladen, mit Status. Er hat es geschafft, aus einem Deospray ein Schmuckstück zu machen.

So hat der Kapitalismus dafür gesorgt, dass die Wirtschaft weiter und weiter wuchs, auch dann noch, als Wilhelm Müller längst keinen Hunger mehr litt.

Die Frage ist, wie weit sich dieser Prozess fortführen lässt. Wird sich der 18-Jährige Leon Müller in 25 Jahren womöglich nicht nur Deosprays ins Regal stellen, sondern auch Zahnbürsten und Rasierschaum? Wird er sich alle vier Wochen eine neue Jeans kaufen, weil die alte ihm das Gefühl gibt, schlecht auszusehen?

Wird er tatsächlich doppelt so viel einkaufen wie Jan?

**Die Theorie der Unersättlichkeit passt nicht mehr zu den Fakten**

Eine mögliche Antwort ist: Ja. Sie beruht auf der These, dass Kulturpessimisten zwar seit Jahren glauben, in den hoch entwickelten Volkswirtschaften sei der Bedarf nun wirklich gedeckt, von jetzt an würden die Wachstumsraten sinken, langsam, aber unaufhaltsam – und dann gehen die Leute doch wieder in die Geschäfte. Sie werfen das Alte weg, besorgen sich Neues. Kaufen, zum Beispiel, eine Jeans, oder zwei, oder zwanzig, wählen aus zwischen: Regular Fit, Slim Fit, Comfort Fit, Loose Fit, Baggy und Boot Cut, zwischen Unwashed, Onewash, Sand Washed, Stone Washed, Double Stone Washed, Stone Bleached, Acid Washed, Bomber Washed, Navy Washed, Used Look und Destroyed Look.

Man muss sich darüber nicht moralisch erheben, das System funktioniert ja: Der Kunde wünscht, der Kapitalismus erfüllt. Der Mensch ist unersättlich, so wie das Modell des Homo oeconomicus es vorsieht. Der immerwährende Drang nach mehr erzeugt immerwährendes Wachstum. So ist es, so wird es bleiben.

Das ist eine durchaus plausible Theorie. Sie hat nur einen Fehler: Sie passt nicht zu den Fakten. Nicht mehr.

Jahrzehntelang brachten es die Unternehmen fertig, mit neuen Produkten neue Märkte zu erschließen. Ihre Ingenieure erfanden Kühlschränke, Autos, Fernsehgeräte, Videospiele. Etwas, das die Welt nicht kannte. Nach solchen Dingen suchen sie auch heute, angestrender denn je. Nie zuvor investierten die Unternehmen der Industrieländer so viel Geld in Forschung und Entwicklung. Nie zuvor meldeten sie so viele Patente an. Allein, es hilft nicht recht. Die Leute wollen die vielen Neuheiten gar nicht haben. Oder zumindest nicht genug davon. Sie kaufen das neue, nie da gewesene Smartphone, den neuen, noch schnelleren Laptop. Aber das reicht nicht.

Man sieht das an diesen Zahlen: In den sechziger Jahren expandierte die deutsche Wirtschaft um durchschnittlich 5,4 Prozent pro Jahr, in den siebziger Jahren waren es 3,3 Prozent, ein Jahrzehnt später 2,6 Prozent, dann 1,7 Prozent, inzwischen liegt das durchschnittliche Wachstum bei: genau einem Prozent.

Man könnte dies für eine spezifisch deutsche Schwäche halten, verursacht nicht durch den abnehmenden Hunger der deutschen Verbraucher, sondern, zum Beispiel, durch die zunehmende Regulierungswut der deutschen Bürokratie. Dann aber müssten die Wachstumsraten in anderen Ländern höher sein, in den USA etwa oder in Japan.

Sie sind es nicht. In praktisch allen hoch entwickelten Volkswirtschaften der Welt hat der Kapitalismus an Kraft verloren. Egal ob die USA, Japan, Frankreich oder Großbritannien, ob Italien, Kanada, die Schweiz oder Österreich: Die Wachstumsraten sinken, langsam, aber unaufhaltsam. Das System verliert seine Energie.

Dass die deutsche Wirtschaft noch nicht schrumpft, liegt vor allem daran, dass sie sich neue Märkte erschlossen hat. Die Unternehmen verkaufen ihre Autos in China, ihre Waschmaschinen in Russland, ihre Duschgels in Brasilien. In Ländern, denen es am Überfluss noch mangelt.

Vor Kurzem lief im Fernsehen ein Film über einen chinesischen Müllsammler. Der Mann stopft Plastikflaschen, Blechdosen, Kupferdraht in riesige Säcke. Das Zeug verkauft er an einen Zwischenhändler, der es weiterverkauft an Unternehmen, die es einschmelzen. Wenn der Müllsammler mit dem Müllsammeln fertig ist, arbeitet er weiter. Er hilft dann auf Baustellen und bei Umzügen. Abends kriecht er in sein Bett, das er sich mit seiner Frau und seinen Kindern teilt. Er lebt ein Leben, das dem eines deutschen Fabrikarbeiters im Kapitalismus des Kaiserreichs gleicht.

In dem Film sagt der Müllsammler sinngemäß: Ich arbeite hart, damit es meinen Kindern einmal besser geht. Das ist seine Lebenseinstellung.

Auch von Jan Müller gibt es einen typischen Satz. Die Werbeleute der Agentur Jung von Matt haben ihn aufgeschrieben. Er lautet: "Spaß und Freunde dürfen nicht zu kurz kommen."

In Deutschland sitzen fast jede Woche irgendwelche Leute in den Talkshows, die sich über solche Sätze sehr aufregen können. Oft sind es Präsidenten eines Arbeitgeberverbandes oder Vorstände eines Unternehmens, manchmal auch Politiker. Sie sagen, die Deutschen seien faul geworden. Sie arbeiteten zu wenig. Ihnen fehle der nötige Biss, um Wachstum zu erzeugen. Sie sagen, Deutschland solle auf China schauen, China sei die Zukunft des Kapitalismus, die Avantgarde.

Das ist eine seltsame Sicht auf den Fortschritt. Natürlich haben die Deutschen an Biss verloren. Ist das überraschend? Soll Jan Müller wieder zu Wilhelm Müller werden? Warum sollten Leute, vor deren Haus schon zwei Autos stehen, sich schinden wie die Irren? Für das dritte Auto? Den vierten Fernseher?

Nicht China ist die Zukunft des Kapitalismus. Deutschland ist es, Amerika, Frankreich, all die Länder, in denen sich das Wachstum abschwächt, weil die Leute schon genug gekauft haben.

Es ist nicht so, dass es in Deutschland keine Menschen mehr gibt, die materielle Wünsche haben. Es gibt mehrere Millionen Niedriglöhner und Arbeitslose, die ihre Jeans oft beim Discounter kaufen, wo es keine fünfzig Varianten mit unterschiedlichen Waschungen gibt, sondern nur eine: das Modell "Basic", für 9,99 Euro.

Eine geschickte Politik könnte es womöglich fertigbringen, die Löhne aufzubessern und das Arbeitslosengeld zu erhöhen, ohne die Unternehmen in die Pleite und die Staatsschulden in die Höhe zu treiben. So eine Politik würde den Leuten zu mehr Geld verhelfen und die Wachstumsraten für eine Weile steigern, bis auch diese Kraft verbraucht wäre.

Spätestens dann wäre es an der Zeit für eine naheliegende Erkenntnis: Wirtschaftswachstum erhöht das menschliche Wohlergehen, aber nicht auf ewig, und deshalb ist ewiges Wachstum unsinnig. Viel stärker als der Wohlstand ist in Deutschland in den vergangenen Jahren die Erschöpfung gewachsen. Selbst das Wasser zeigt schon Spuren der Müdigkeit. In Flüssen und Seen sammeln sich die Reste der Antidepressiva, die jenen Menschen verschrieben werden, die dem Druck der Arbeitswelt nicht mehr standhalten. Früher hätten sie vielleicht an etwas gedacht, das ihnen fehlt und das sie sich dank der Schufterei bald kaufen können. Sie hätten durchgehalten. Heute fehlt vielen das materielle Ziel.

Hätte man Wilhelm Müller gefragt, was für ihn zu einem guten Leben gehöre, hätte er vermutlich geantwortet: Eine neue Hose. Ein Stück Fleisch. Ein eigenes Bett. Jan Müller dagegen sagt, er wolle eine Familie haben – und genug Zeit für sie. Man kann sagen, Jan und Wilhelm Müller haben gemeinsam, dass sie Bedürfnisse haben und dass das wohl nie aufhören wird. So gesehen stimmt das Postulat des Homo oeconomicus von den nicht endenden Wünschen des Menschen. Es gibt immer irgendetwas, was der Mensch braucht. Aber es sind nicht immer Produkte, man kann es nicht immer kaufen.

Vor etwa vierzig Jahren verbreitete sich die Erkenntnis, dass die Erde kein grenzenloses Rohstoffreservoir ist, aus dem man sich nach Gutdünken bedienen kann.

Seitdem ist die Frage in der Welt, wie sich Kapitalismus und Umweltschutz vereinbaren lassen. Das ökologische Problem ist eines der großen Themen moderner Politik.

Viel spricht dafür, dass es in den hoch entwickelten Ländern bald um eine weitere, nicht weniger große Frage gehen wird: das ökonomische Problem. Ist ein bescheidenerer Kapitalismus denkbar, der den Wohlstand bewahrt, statt ihn auf ewig zu vergrößern? Kann ein Unternehmen, das nicht mehr wächst, profitabel bleiben? Wie muss man die Marktwirtschaft organisieren, wenn der Markt gesättigt ist?

Denn das ist der gängige Begriff für den Zustand, auf den wir uns seit Jahren zubewegen: Sättigung. Auch dieses Wort ist unpräzise. Wenn man sagt, ein Mensch ist satt, bedeutet das, er hat genug, er isst nichts mehr. Null. Wenn Wirtschaftsexperten sagen, ein Markt sei satt, dann meinen sie damit nicht, dass keine Autos mehr gekauft werden. Sie meinen, dass in diesem Jahr vielleicht eine Million Autos gekauft werden und im nächsten Jahr wieder eine Million. Schon das Ausbleiben von Wachstum gilt als Sättigung.

Deutschland ist nicht satt. Leon Müller wird aller Voraussicht nach in 25 Jahren nicht doppelt so viel konsumieren wie Jan Müller heute, aber er wird weiterhin einkaufen gehen, wird sich Computer, Fernseher, Videospiele anschaffen. Er wird nicht als Asket leben. Er wird es nur irgendwann nicht mehr schaffen, sich all den Besitz anzueignen, der nötig wäre, um die Wachstumsraten oben zu halten.

Passender ist daher ein anderes Wort, eines, das einem einfällt, wenn man diese Zahl sieht, mit der Jung von Matt die Körpergröße des Jan Müller beziffert: Er misst 1,81 Meter. Das ist interessant, weil der amerikanische Wirtschaftshistoriker John Komlos schon vor Jahren herausgefunden hat, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen Körpergröße und Wohlstandsniveau. Wilhelm Müller, der typische 18-Jährige der Jahrhundertwende, war 1,67 Meter groß, fünfzig Jahre später lag die Durchschnittsgröße bei 1,74 Metern, Anfang der achtziger Jahre bei 1,79 Metern. Dann aber, mit steigendem Wohlstand, verlangsamte sich das Wachstum, geriet ins Stocken, inzwischen, melden Anthropologen, nimmt die Körpergröße der Deutschen nicht mehr zu. Sie hat ihr Maximum erreicht. Jan Müller ist nicht größer als der typische Jugendliche der neunziger Jahre. In Amerika werden die Menschen sogar wieder kleiner.

Die Deutschen sind nicht satt. Sie sind ausgewachsen.

## Der Mann stillt keine Kinder

*Meine Frau ist schwanger. Sie schreibt zudem ihre Doktorarbeit unter paradiesischen Bedingungen. Trotzdem gibt es ein Problem.*

Von Malte Welding, Magazin der Berliner Zeitung, 12.10.2012

Meine Frau schreibt ihre Doktorarbeit und ist schwanger. Sie ist Stipendiatin und arbeitet daher unter paradiesischen Bedingungen am Exzellenzcluster der FU Berlin. Weil sie schwanger ist, bekommt sie ein Jahr länger Geld für ihre Forschung.

Das ist ohne Frage ein Zeichen für eine fantastische Entwicklung, meine Frau hat unter diesen paradiesischen Bedingungen beinahe so gute Möglichkeiten wie ein Mann.

Warum nur beinahe? Keiner ihrer Kollegen wird jemals schwanger sein.

Die Schwangerschaft meiner Frau verläuft verhältnismäßig erträglich. Rund um die Uhr schlecht war ihr nur in den ersten Monaten und Luft bekommt sie eigentlich immer genug, es sei denn, sie bewegt sich oder redet.

Aber es gibt natürlich auch andere Schwangerschaften. Es können durch den Hormonmix Depressionen aufkommen oder Diabetes, der Blutdruck kann lebensbedrohlich ansteigen oder sich eine Autoimmunerkrankung entwickeln, Blutarmut gehört für einen großen Teil der Frauen zu den Begleitumständen.

Und so trennen sich hier für gewöhnlich die Karrierepfade von Frauen und Männern, spätestens aber mit dem zweiten Kind.

51% aller Studierenden sind weiblich, der Anteil der Frauen an der Professorenschaft beträgt dagegen gerade einmal 17%. Und bis zu 90% der Professoren haben Kinder, aber nur 5% der Professorinnen.

Doch eine Schwangerschaft ist keine Krankheit, heißt es, man kann arbeiten bis kurz vor der Geburt, heißt es, man muss sich eben durchbeißen, heißt es. Sind Frauen Weicheier?

Doch genau darum kann doch Gleichberechtigung nur gehen: Dass es nicht nur die körperlich und geistig härtesten und stärksten Frauen nach oben schaffen.

Genau wie noch den größten Waschlappen unter den Männern eine Karriere gelingen kann.

Wäre Josef Ackermann gut damit zurecht gekommen, dass ihm drei Monate lang schon übel ist, wenn er an Essen denken muss, er gleichzeitig aber immer Hunger hat?

Hat sich Dieter Zetsche, Vorstandsvorsitzender der Daimler AG, dadurch qualifiziert, dass er Verhandlungen auch dann knallhart führen kann, wenn ihm beim Reden die Luft wegbleibt, weil seine eben noch winzige Gebärmutter auf Medizinballgröße wächst und dabei alle Organe, auch die wichtigen, einfach zur Seite drückt?

Auf einmal heult ein sonst so nüchterner Mensch los, weil die Bahn schon weg ist – könnte ein Mann mit einem hundertfach erhöhten Östrogenspiegel besser umgehen?

Musste Martin Winterkorn (VW) alle fünf Minuten auf die Toilette rennen, und hat ihm sein Chef Ferdinand Piech, der zwölf Kinder hat, dann gesagt, es sei alles nur eine Frage der Organisation?

Hat, wo wir gerade bei Piech sind, Ferdinand Piech seine zwölf Kinder eigentlich alle gesäugt?

In hunderten von Büchern und zehntausenden von Internetseiten wird Frauen gesagt, dass sie ihr Kind möglichst lange stillen müssen. Es droht Autismus, psychische Verwahrlosung, Anfälligkeit für Allergien, plötzlicher Kindstod.

Auf der Seite netmoms.de heißt es, dass durch das Säugen „das Kind die Fähigkeit erhält, lebenshungrig, durchhaltefähig, fleißig und initiativreich zu werden“. Zwar sei es besser, sein Kind mit der Flasche zu füttern, als es verhungern zu lassen, aber der Schaden, den man dem Kind zufügen könne, solle einem bewusst sein.

Wer sein Kind nicht stillt, der könnte es genauso gut einem Rudel Hyänen anvertrauen und es vorher mit Currysauce einreiben.

Wie haben sich also die deutschen Vorstände und Politheroen entschieden in dieser zur Ethikfrage aufgeblasenen Alltagsentscheidung?

Und wie lange sind sie bei ihren Kindern geblieben nach der Geburt?

Ein halbes Jahr, ein ganzes? Oder ein Leben lang?

Wenn man also stillen soll bis nichts mehr kommt, und eine Schwangerschaft einen unter Umständen für Monate lahm legt: Ist dann ein zusätzliches Jahr tatsächlich so paradiesisch?

Aber muss meine Frau auch unbedingt während ihrer Doktorarbeit schwanger werden? Und konnten nicht die Trümmerfrauen als alleinerziehende Mütter wie nebenbei ein ganzes Land aufbauen? Ist man nicht einfach selber Schuld?

Die Entscheidung, ob man ein Kind möchte oder nicht, gilt als freiwillig, weshalb man, so das nie geäußerte Argument, in einer freien Gesellschaft eben die Konsequenzen zu tragen habe.

So scheinen die meisten zu denken. Als ich für diesen Text mit meinen Bekannten darüber gesprochen habe, was der Staat tun müsste, damit sie mehr Kinder bekommen, war die Antwort häufig: „Was soll denn der Staat damit zu tun haben?“

Die U-Bahn-Station in der 36sten Straße in Brooklyn, New York, verfügt über eine Treppe, in der eine Stufe ein paar Zentimeter höher ist als die anderen. In einem Video des Filmemachers Dean Peterson auf dem Portal vimeo.com ist zu sehen, dass jeder U-Bahn-Nutzer an dieser Stufe stolpert. Sieht man jedoch einen Einzelnen an dieser Stufe stolpern, denkt man, er habe sich eben dämlich angestellt. Ebenso wie der Einzelne denken wird, es sei sein Fehler, dass er stolpert.

Jeder Einzelne hat in Deutschland individuelle Schwierigkeiten, ein Kind zu bekommen und großzuziehen, jeder mag sich selbst die Schuld geben. Aber die deutsche Geburtenkrise ist eine Hausgeburt. Es versagt das ganze Land, der Staat, die Gesellschaft. Manche Stufen sind einfach zu hoch. Allein durch individuelles Versagen lässt sich das rasante Schrumpfen Deutschlands schließlich nicht erklären. Bis zum Jahr 2060 wird Deutschland etwa eine DDR verloren haben, 17 Millionen Menschen. Die Weltbevölkerung jedoch wächst jedes Jahr um 80 Millionen, also um ein Deutschland.

Ich kann nicht beurteilen, ob die deutsche Entwicklung angesichts der globalen Zustände nicht ein Segen ist, mich interessiert die Zukunft auch nicht viel mehr als sie die deutschen Politiker interessiert.

Aber ich sehe die Gegenwart. Denn es gibt den demographischen Wandel eben nicht erst seit gestern – die Auswirkungen sind längst greifbar. Man muss gar nicht in die Zukunft schauen, um sich zu gruseln.

Deutschland ist jetzt schon das drittälteste Land der Welt nach Japan und Monaco, der durchschnittliche Niederländer ist drei Jahre jünger, der durchschnittliche Amerikaner sechs, der durchschnittliche Chinese sogar zehn Jahre.

Der Dramatiker Heiner Müller sagte, es habe „mit dem Lebensgefühl“ zu tun, „wenn die Geburtenrate sinkt: ein Volk, das sterben will.“ Gleichzeitig wolle das Volk „nichts abgeben. Dafür ist die Bundesrepublik exemplarisch. Man will hierzulande alles Bier trinken, und wenn man selbst kein Bier mehr trinken kann, soll es keines mehr geben.“

Es liegt ein Grauschleier über dem Land. Warum glaubt kein anderes westliches Land so wenig an die Zukunft?

In der deutschen Seele, sollte es sie geben, gäbe es gleich zwei Urverunsicherungen: den ersten und den zweiten Dreißigjährigen Krieg. 1618-1648 und 1914-1945 haben die Empfindung hinterlassen, dass das Beste, was passieren kann, ist, dass alles bleibt wie es ist.

Kann diese Sehnsucht nach Nichtveränderung so weit gehen, dass schon die Fortpflanzung zuviel des Neuen ist?

Oder klingt „Geburtenpolitik“ schon zu sehr nach nationalsozialistischem Mutterkreuz und Lebensborn? Lange galt Kinderkriegen als reaktionär, aber das scheint vorbei, Kinder sind durchaus wieder beliebt unter Jüngeren.

Wie kann es also so schwer sein, in einem der reichsten Länder nicht nur der Erde, sondern der Geschichte, die Entscheidung zu treffen, Kinder zu bekommen?

Die allermeisten meiner Bekannten sind zwischen Mitte Zwanzig und Anfang Vierzig, also im Reproduktionsalter. Einige wenige haben früh entschieden, keine Kinder bekommen zu wollen, noch weniger haben schon mit Anfang Zwanzig ein Kind bekommen, ansonsten gilt: Wer in seinen frühen Zwanzigern oder auch mit Mitte Zwanzig eine stabile Beziehung

etabliert, die auch mit Dreißig noch anhält, bekommt mit diesem Partner in der Regel mit Ende Zwanzig oder Anfang Dreißig ein Kind.

Bei den meisten bleibt es bei diesem einen Kind, manche bekommen noch ein zweites, zwei Familien kenne ich mit drei Kindern, ich kenne privat keinen einzigen Menschen, der vier Kinder hat.

Aber was, wenn man nicht das Glück hat, in seinen Zwanzigern eine stabile Beziehung etabliert zu haben?

Man ist dreißig, seit ein paar Monaten Single, seit ein paar Jahren oder Monaten im Beruf. Man lernt jemanden kennen. Soll man sofort Kinder bekommen? Schließlich sind es nur noch wenige Jahre, bis die natürliche Fruchtbarkeit zu sinken beginnt?

Oder soll man etwas warten, bis die Beziehung sicherer ist? Ein nervenraubendes Dilemma.

Wenn man sich aber nach drei, vier Jahren trennt ohne Kinder bekommen zu haben, dann muss der nächste Partner schon der sein, mit dem man Kinder bekommt, spätestens aber der übernächste.

Manche haben Pech und bleiben ungewollt kinderlos, manche schaffen es noch so gerade und bekommen ein Kind.

Mein Bekanntenkreis spiegelt also ziemlich genau die demographische Situation: Viele Spätgebärende, einige Kinderlose, keine Familien mit vielen Kindern. Die Kinderlosigkeit der einen wird nicht durch Kinderreichtum von anderen ausgeglichen.

Bisher war von Geld noch gar nicht die Rede. Erste Voraussetzung für die Allermeisten ist zunächst eine stabile Beziehung. Also tatsächlich: Was soll der Staat tun? Der Staat kann schließlich nicht den passenden Partner besorgen.

Der Staat selbst weiß es besser. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung schreibt: „In der ehemaligen DDR sank das Geburtenniveau zunächst bis Mitte der 1970er Jahre ebenfalls (Anmerkung: wie in Westdeutschland) stark ab. Der danach folgende Wiederanstieg war vor allem durch familienpolitische Maßnahmen verursacht, die ein Vorziehen bzw. Nachholen von Geburten bewirkten.“

Und er kennt auch die zahlreichen Studien, aus denen hervorgeht, wie erfolgreich eine gezielt geburtenfördernde Politik sein kann.

Vielleicht passiert in Deutschland politisch ja etwas, wenn sich die Erkenntnis durchsetzt, dass man mit so geburtenschwachen Jahrgängen nie wieder Fußballweltmeister wird. Das Leben in einer überalterten Gesellschaft bedeutet bereits jetzt: Rentenmisere, Pflegenotstand und in den Albumcharts stehen für immer uralte Schlagerbarden wie die 3 Amigos.

Man sollte also meinen, dass dem Land daran gelegen ist, wieder jünger zu werden, wieder eine Zukunft zu bekommen. Aber die deutsche Politik sorgt dafür, dass die Menschen keine Kinder bekommen.

Dem Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung zufolge könnten in Deutschland „bis zum Jahr 2050 rein rechnerisch ungefähr 850.000 Kinder mehr zur Welt“ kommen, würden wie in Dänemark drei In-Vitro-Fertilisationen, also Reagenzglasbefruchtungen, von den Kassen erstattet. Unter der rot-grünen Regierung Schroeder wurden in Deutschland den Paaren mit Kinderwunsch die Hälfte der Kosten aufgebürdet, was im Folgejahr die Zahl der Behandlungen halbierte.

Darüber hinaus werden Kinder davor bewahrt, alte Eltern, homosexuelle Eltern, unverheiratete Eltern zu haben. Für keine dieser Gruppen steht die Fortpflanzungstechnologie zur Verfügung.

So dringend ist der Wunsch des Gesetzgebers, die Kinder davor zu schützen, dass er sie lieber gar nicht erst zur Welt kommen lässt.

Ist Nichtexistenz besser als zwei sich liebende Mamas zu haben?

Immer mehr Menschen werden alt, also gibt es immer mehr künstliche Hüftgelenke und Herzschrittmacher. Man sagt den Leuten nicht: „Na, dann benutzt eure Hüften und eure Herzen halt weniger“, man entwickelt eine medizinische Lösung.

Medizinische Hilfe für Unfruchtbare aber wird nicht nüchtern betrachtet als Notwendigkeit unserer Zeit. Soll man stattdessen eben mit 18 Kinder bekommen.

Wenn der Staat also nichts tun will, ist es Zeit für gute Ratschläge. So sagt also etwa die Spiegel-Autorin Claudia Voigt den Leserinnen, sie sollten eben einfach sehr viel früher

Kinder bekommen. Wie kommt es, dass über Fortpflanzung nachgedacht wird, als würden Menschen sich durch Parthenogenese verbreiten, durch Jungfrauengeburt wie die Blattläuse?

Warum bleibt alles an den Frauen hängen?

Das Lieblingsspiel der Politik ist Teilen und Herrschen. Also wird die Bevölkerung in vermeintliche Interessengruppen aufgeteilt. Frauen gegen Männer. Heteros gegen Homosexuelle (angeblich soll schon die reine Existenz von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften auf Kosten der Familien gehen, so etwa die CDU-Abgeordnete Katherina Reiche) oder Kinderlose gegen Familien (wobei dann die vermeintlich egoistischen Kinderlosen zu einem Ablasshandel gezwungen werden sollen, man denke nur an die von jungen CDU-Abgeordneten geforderte Sonderabgabe).

Die gerade einmal 20.000 eingetragenen Lebensgemeinschaften sprengen also den Bundesetat. Sind Schwule Griechenland?

Man kann nicht die Kinderlosen als Egoisten darstellen, die den altruistischen Familien alles wegfressen. Es ist eine Maßgabe der Freiheit, sowohl die Entscheidung für Kinderlosigkeit treffen zu können als auch für eine Großfamilie. Hat aber niemand mehr viele Kinder außer ein paar Milliardären und ein paar Sozialhilfeempfängern, dann ist das eben auch ein Freiheitsproblem.

Vielleicht will ich gar nicht die Freiheit, auf der Autobahn 200 fahren zu dürfen, sondern die Freiheit, 5 Kinder aufziehen zu können?

Frauen und Männer sitzen gemeinsam in der Tinte. Seitdem es akzeptiert ist, dass Frauen arbeiten, ist es auch notwendig geworden, dass beide arbeiten – immer weniger Einzelne können noch drei Menschen ausreichend versorgen.

Kinder sind erst dann ein echtes Armutsrisiko, wenn sie in kleinen Horden auftreten (mit dem dritten Kind steigt die Gefahr, zu verarmen), weil es dann beinahe unmöglich ist, dass beide arbeiten, noch zuverlässiger treiben sie nur in die Armut, wenn der Erziehende alleine ist.

Sowohl die Entscheidung, nicht fünf Kinder zu bekommen, als auch die Entscheidung, mit der ersten Geburt zu warten, bis man sich des Partners sicherer ist, sind also vollkommen rational.

Nicht arm sein zu wollen, das ist keine egoistische Überlegung, das ist ein Menschenbedürfnis.

Wer wartet, wer nach dem zweiten Kind aufhört mit der Fortpflanzung, der spiegelt mit seiner angeblich individuellen Entscheidung einfach nur die Gegebenheiten. Jeder stolpert an der Babyschwelle.

Jahr für Jahr gebären die Frauen in Deutschland zweieinhalb Monate später zum ersten Mal. Die Angst wird größer.

Aber die Sicherheit kann nicht allein in der Liebe gefunden werden. Beziehungen können sich heute eben lösen, egal wie lange man sie testet. Mehr Sicherheit kann nur der Staat geben – nicht durch Partnervermittlung, sondern durch eine gezielte kinderfreundliche Politik.

Die amerikanische Denkfabrik RAND Corporation kam in ihrer für die Europäische Kommission erstellten Analyse „Low Fertility and Population Ageing“ zu dem Ergebnis, dass nationale Maßnahmen unter den richtigen Umständen erfolgreich sein können, das Altern der Bevölkerung und seine Konsequenzen umzukehren, aber keine Einzelmaßnahme sei ein Erfolgsgarant. Es könne indirekte Einflüsse von Maßnahmen geben, die dazu geeignet sind, auf breiter Ebene soziale und ökonomische Bedingungen zu verbessern, da aber Bevölkerungspolitik wenigstens eine Generation brauche, um sich zu bewähren, sei sie politisch unattraktiv.

Hier wird sozialer Wohnungsbau gekappt, die Lehrmittelfreiheit abgeschafft, Studiengebühren eingeführt. Es wird wirklich keine Gelegenheit ausgelassen, Kinder unbezahlbar zu machen.

In Frankreich, das wissen selbst meine Bekannten, da gibt es Krippenplätze. Und ja, das wäre schon ganz schön, wenn es die hier auch geben würde. Und nein, man versteht nicht so ganz, warum es so schwer ist, hier welche anzubieten.

Dabei ist es ganz einfach: Die Politik tut nichts für eine familienfreundliche Gesetzgebung, weil es eben zu lange dauert. Die ganzen alten Frauen und Männer, die uns regieren, sind schon lange tot und damit unwählbar, wenn die Maßnahmen greifen würden.

In Frankreich aber, da gibt es eben nicht nur Krippenplätze. Es gibt in Frankreich mehr als 30 verschiedene Maßnahmen. Bedarfsorientierte Leistungen, Steuerentlastungen, Gemeindewohnungen, günstige Hypotheken für kinderreiche Familien, verbilligte Tickets für öffentliche Verkehrsmittel, man muss nicht Zuhause bleiben, man muss nicht verheiratet sein, Krippen und Kindertagesstätten werden gefördert. Vor allem aber gibt es diese Politik bereits seit 60 Jahren, es herrscht große Einigkeit über die Notwendigkeit, die Bevölkerung kann sich darauf verlassen.

Frankreich hat natürlich keine paradiesischen Zustände. Nicht alle Maßnahmen greifen. Aber die Politik hat schon früh erkannt, dass sie Alleinerziehende und Kinderreiche nicht allein lassen darf.

Politik müsste also auch in Deutschland einige Faktoren berücksichtigen.

Die Menschen wollen nicht arm werden.

Sie wollen in ihren Entscheidungen nicht limitiert werden.

Sie wollen ihren Berufen nachgehen können.

Diese Faktoren sind natürlich eng miteinander verwoben, man kann am Ende sagen: Die Menschen können nicht all ihre Zeit auf Kinder verwenden.

Es gibt in Deutschland keine Mehrgenerationenhaushalte mehr. Das haben sich nicht die derzeitig in Deutschland lebenden Generationen aus Hedonismus einfallen lassen, Deutschland ist eben eine der ältesten Industrienationen, die Landflucht und Vereinzelung begann hier schon vor mehr als 150 Jahren (weshalb es in Deutschland auch keine bedeutenden regionalen Küchen gibt, aber das ist eine andere Geschichte).

Was also in anderen Ländern die Familie leistet, die Entlastung der Eltern durch Großeltern, Onkeln, Tanten, Cousins, Cousinen, Neffen, Nichten in Form von Mitpflege, Babysitten, Nachhilfe, durch Rat und Tat also, das leistet hier, wenn es nicht der Staat tut, niemand. Die Eltern müssen also entweder in die Lage versetzt werden, ihre Kinder irgendwo abgeben zu können, oder man muss seine Kinder mit zur Arbeit nehmen dürfen.

Glücklich die, die gesunde Eltern haben, die in derselben Stadt wohnen, die haben wenigstens ab und an jemanden, der auf das Kind aufpasst. Die anderen sind auf Krippenplätze angewiesen oder geben für Babysitter, die sie Brutto bezahlen, mehr Geld aus, als sie Netto verdienen.

Zum letzten Mal in derselben Stadt wie meine Eltern habe ich mit 20 gewohnt, meine Frau mit 19, meine Eltern sind tot, die meiner Frau geschieden, unsere Geschwister wohnen in verschiedenen Städten: Es gibt keine Verwandten, die mal eben einspringen könnten. Freunde aber, sagen die Bekannten, die Kinder haben, fragt man eher nicht. Am Ende wird Kinderarmut vererbt, wobei der Begriff verwirrend ist, denn arm sind ja die Kinderreichen.

Lassen Sie mich nun offen sprechen, als säße ich bei Markus Lanz auf der Couch: Das Aussterben der Deutschen bereitet mir keine schlaflosen Nächte. Ich pflanze mich nicht fort, um Deutschland zu retten.

Und doch bekomme ich jetzt ein Kind. Mit 38 Jahren, einige Jahre später als der Durchschnitt, werde ich nun Vater. Ich kann mir sagen lassen, ich hätte viel eher ein Kind bekommen sollen, ich kann mir sagen lassen, ich hätte nicht so einen unsicheren Beruf auswählen sollen. Aber ich bin nicht der einzige, der stolpert, was auch immer ich falsch gemacht habe.

Wer also hilft mir?

Nicht alles, was gut gemeint ist, taugt. Elterngeld? Wie soll ich als Selbständiger meine Arbeit so lange ruhen lassen? Soll ich einen Freund bitten, meine Kolumne zu übernehmen? Und 65% des Nettogehalts? Zahle ich auch nur noch 65% Miete?

Im uns anerzogenen Einzelkämpfermodus kommen wir gar nicht auf die Idee, der Staat könne irgendetwas für uns tun.

Aber Kinder dürfen nicht ein individueller Glücksfall sein, den man erleben kann, wenn die Eltern und Großeltern genug Geld haben, die Liebe groß genug ist, und man gerade zwischen zwei Jobs Zeit hat. Kinder zu bekommen muss normal werden. Ist es aber nicht. Um das wieder hinzubekommen bedarf es einer – darf man nationale Anstrengung sagen? – bedarf eines Projekts, das größer ist als der Plan, zum Mond zu fliegen. (So scheint es wenigstens, wenn man Kristina Schröder gehört hat, wie sie die Länder anbettelt,

wenigstens den zusätzlichen finanziellen Bedarf für das Einrichten von Krippen an den Bund zu melden.)

Ich bin kein Politiker und muss nicht sagen, woher ich das Geld nehmen will. Offenbar sind Krippen und Kindergärtnerinnen ja ungleich teurer als Bankenrettungen. Ich kann fordern. Und gerade das wird von meiner wohlerzogenen, als egoistisch geltenden Generation zu wenig getan. Glaubt man gar nicht. Es geht den jüngeren Generationen in Deutschland so wie den Untertanen in feudalen Staaten: Sie müssen den allmächtigen Alten eine Veränderung abringen, die diese nicht wollen.

Liebe Oma, dein Enkel hat kein Geld für Kinder. Nein, tausend Euro reichen nicht.